



GIM | RELEVANCE COUNTS.

Politische Aufgaben mit besonderem Handlungsbedarf

Eine qualitative Begleitstudie

November 2023

Für: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



GIM | RELEVANCE COUNTS.



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Hintergrund der Studie

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erfragt in der Bevölkerung einmal im Monat in einer quantitativen Erhebung, welche politischen Aufgaben der Bevölkerung besonders wichtig sind und wie sie die Arbeit der Bundesregierung in diesen Bereichen bewertet.

Seit geraumer Zeit ragen immer wieder Bereiche heraus, die von der Bevölkerung als besonders wichtig erachtet werden, wobei zugleich die Arbeit der Bundesregierung in diesen Bereichen als sehr bzw. eher schlecht bewertet wird. Dabei handelt es sich um folgende Bereiche:

- Für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen
- Bedingungen der Pflege verbessern
- Gesundheitswesen modernisieren
- Altersversorgung langfristig sichern
- Für bezahlbaren Wohnraum sorgen

Vor diesem Hintergrund hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die vorliegende qualitative Studie in Auftrag gegeben, um die quantitative Bewertung der vier Themenbereiche tiefergreifender zu verstehen. Folgende Forschungsfragen standen dabei im Vordergrund:

- Warum sind diese Aufgaben für die Menschen besonders wichtig?
- Wie stark sind Menschen im Alltag mit Problemen in diesen Bereichen konfrontiert? Welche Sorgen und Ängste gibt es?
- Warum sind die Menschen unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung in diesen Aufgabenfeldern?
- Welcher politische Reformbedarf wird bei den einzelnen Aufgabenfeldern gesehen? Was verspricht sich die Bevölkerung beispielsweise von einer stärkeren Rolle der Bundesregierung?

Methodisches Vorgehen

Studiendesign

Es wurde ein kombinierter Ansatz aus qualitativen Gruppendiskussionen und einer vorherigen schriftlichen Reflexionsaufgabe gewählt:

- Die schriftliche REFLEXIONSAUFGABE diente der Vorbereitung auf die Gruppendiskussion, wobei die Teilnehmenden daheim in ihrer gewohnten Umgebung über die Lage Deutschlands und die vier Fokusthemenbereiche reflektieren konnten. Hierdurch wurde die Ergebnistiefe gesteigert und der Einstieg innerhalb der Gruppendiskussionen vereinfacht.
- Die GRUPPENDISKUSSIONEN ermöglichten eine interaktive Diskussion der Themen zu Problemen, Ursachen und Reformbedürfnissen.

Sample

- Schriftliche Reflexionsaufgabe mit insgesamt 80 Teilnehmenden
- 8 Gruppendiskussionen mit je 8 Teilnehmenden zu je 120 Minuten

Erhebungszeitraum

- Die qualitative Reflexionsaufgabe wurde vom 2. Oktober bis 11. Oktober durchgeführt.
- Die Gruppendiskussionen wurden vom 9. bis 12. Oktober 2023 durchgeführt.

Erhebungsorte

Die Erhebungsorte waren Erfurt, Dresden, Essen und München. Die Auswahl ermöglichte eine breite Berücksichtigung von relevanten Einflussgrößen wie Unterschiedlichkeit der Mietniveaus, landesspezifische Bildungsbedingungen, Verteilung der Vermögenswerte/Haushaltseinkommen oder demografische Struktur.

Zielgruppenauswahl: Sample-Kriterien

Quotenmerkmale für die acht Gruppendiskussionen

- Split nach Alter:
 - Jüngere: 18-bis 43-Jährige (4 Gruppen)
 - Ältere: 44 und älter (4 Gruppen)
- Pro Gruppe:
 - Geschlecht: 50% weiblich und 50% männlich
 - Guter Mix Bildung: ca. 1/3 niedrige Bildung, 1/3 mittlere Bildung, 1/3 hohe Bildung
 - Guter Mix Relevanz und Beurteilung von Aufgabenbereichen / Arbeit der Bundesregierung
 - Guter Mix Einkommen
 - Guter Mix Wohnstatus: zur Miete/Eigentum (ggf. Nutzung von Familienbesitz z.B. Wohnen bei den Eltern bei jüngeren Diskussionsteilnehmer:innen)
 - Guter Mix Migrationshintergrund pro Gruppe (mind. 1-2 Personen mit direktem Migrationshintergrund oder in 2. Generation)

Gesprächsthemen der Erhebung

Gesprächsthemen innerhalb der Gruppendiskussionen

- Lage in Deutschland
 - Assoziationen zu Deutschland
 - Stärken und Schwächen Deutschlands
- Politische Handlungsfelder in Deutschland
 - Relevanz der vier Fokusthemen: Altersvorsorge, Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnraum
 - Verständnis des jeweiligen Handlungsfeldes:
 - Wahrnehmung
 - spezifische Relevanz/Zufriedenheit
 - Ursachen und Akteure
 - Reformpotenzial/Optimierungswünsche aus Sicht der Bevölkerung
- Wünsche an die Politik – insbesondere an die Bundesregierung

Wie dieser Bericht zu lesen ist: Abkürzungsverzeichnis und allgemeine Hinweise

Lesart der Gewichtungen von Nennungen

- Aussagen oder Aspekte, die nur von einem Teil der Teilnehmenden erwähnt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [teils]
- Aussagen oder Aspekte, die von n = 1-2 Teilnehmenden erwähnt wurden (Einzelmeinungen), die aber dennoch relevante Aspekte beleuchten, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [selten]
- Aussagen oder Aspekte, die von 'jüngeren' Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 18-bis 43-Jährige) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [J]
- Aussagen oder Aspekte, die von 'älteren' Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 44-Jährige und älter) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [A]

Sonstige Hinweise

- Zitate sind kursiv und in Anführungszeichen gesetzt

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Allgemeine Lage in Deutschland und Zufriedenheit mit der Arbeit der aktuellen Bundesregierung

Grundlegend verfügt Deutschland über ein Fundament mit aktuell noch guter grundlegender Absicherung der Bevölkerung im Vergleich zu anderen Ländern. Dieses Fundament erodiert jedoch langsam aus Sicht der Befragten, was zu zahlreichen negativen Emotionen (Sorge, Angst, Frust, Zweifel) und einem Gefühl der Ohnmacht führt.

- Demokratie und Sozialstaat werden von den Befragten sehr stark geschätzt. Allerdings nehmen Befragte eine deutliche Verschlechterung von diversen Lebensbereichen/ politischen Handlungsfeldern wahr, die mit Blick auf die zeitliche Dauer von Jahr zu Jahr zunimmt. Aufgrund der kontinuierlichen Verschlechterung ist auch der Blick in die Zukunft meist wenig optimistisch v.a. in Bereichen, bei denen selbst wenig entgegengesetzt werden kann, um diese zumindest für sich selbst zu verbessern oder eine gewisse Vorsorge zu treffen.

Alle vier Bereiche (Altersvorsorge, Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnraum) sind für Befragte relevant, da diese Bereiche einer grundlegenden Existenzsicherung dienen und teils stark miteinander verwoben sind. Die konkrete, individuelle Betroffenheit variiert leicht; grundsätzlich gibt es meist Berührungspunkte mit allen vier Bereichen.

- Befragte berichten meist von höchstpersönlichen Erfahrungen oder Erfahrungen aus dem eigenen Umfeld. Erlebnisse sind hier v.a. negativ geprägt und bereiten Sorgen und Ängste bezüglich der Absicherung von Finanzen, Gesundheit/Unversehrtheit, Unterkunft/Schutz. Die Bereiche tangieren somit die Grundbedürfnisse eines jeden Menschen.

Grundsätzlich werden von den Befragten sowohl bereichsspezifische als auch übergreifende Ursachen für die aktuelle Situation in den Bereichen genannt.

- Diese Ursachen sind mannigfaltig und reichen von politischen Entscheidungen über allgemeinen Wandel innerhalb der Gesellschaft bis hin zu globalen (geopolitischen) Geschehnissen der letzten Jahre.

Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung werden durchaus wahrgenommen, gelten jedoch als zu wenig umfassend und zu wenig effektiv, um die Versäumnisse der vergangenen Regierungen aufzuholen.

- Befragte äußern sich positiv darüber, dass Maßnahmen in den Bereichen ergriffen werden. Diese sind jedoch aus Sicht der Befragten zu punktuell und setzen aus Sicht der Befragten nicht zweifelsfrei an den richtigen Problempunkten an, um mittel-/langfristig die Situation in den Bereichen deutlich zu bessern und somit negative Gefühle zu mildern. Zudem wirken sich Maßnahmen der letzten Bundesregierungen – aufgrund derer die Bevölkerung Vertrauen in die Politik verloren hat – auch auf die aktuelle Bundesregierung aus.

Zusammenfassung der Erkenntnisse des Handlungsfeldes: Altersvorsorge

Der Bereich Altersvorsorge gewinnt mit zunehmendem Alter an Relevanz, weswegen die direkte Betroffenheit v.a. von Älteren genannt wird. Aber auch Jüngere berichten von (meist negativen) Erlebnissen naher Angehöriger/Bekannter.

- Jüngere in Ausbildung/Studium empfinden eine größere Distanz zum Thema aufgrund der hohen zeitlichen Distanz zur Rente, stehen dem Thema aber nicht gleichgültig, sondern tendenziell besorgt gegenüber. Ältere (im Berufsleben stehende Personen) berichten von Sorgen über die finanzielle Absicherung im Alter, wobei teils auch eine gewisse Perspektivlosigkeit und Ohnmacht geschildert wird. Zudem sind sie teils besorgt über das immer weiter steigende Renteneintrittsalter, da bezweifelt wird, dass man so lang tätig sein kann (v.a. aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen und starker Belastung sowohl körperlich als auch mental durch den Beruf). Rentner:innen beschreiben konkrete Sorgen und Erlebnisse hinsichtlich des finanziellen Lebensstandards und der gesellschaftlichen Teilhabe aufgrund gestiegener Kosten. Zentrale gesellschaftliche Ursache ist in diesem Bereich der demografische Wandel.

Die Bundesregierung wird als maßgeblicher Akteur beschrieben, der die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen kann, sowohl direkt für den Bereich der Altersvorsorge als auch für andere Bereiche, die die gesetzliche wie auch private Altersvorsorge beeinflussen. Befragte nehmen zwar punktuelle Maßnahmen, jedoch keinen grundlegenden Reformwillen der aktuellen Bundesregierung wahr.

- Befragte kritisieren fehlenden Willen zur maßgeblichen Reformierung der Altersvorsorge. Hierbei nehmen sie zum einen kaum konkrete, umfassende Maßnahmen wahr. Zum anderen werden teils Verfehlungen vergangener Regierungen auf die aktuelle Bundesregierung übertragen.

Befragte wünschen sich eine umfassende Modernisierung der Altersvorsorge, um zum einen die Situation der aktuellen Rentner:innen zu verbessern und zum anderen eine Absicherung der Altersvorsorge für alle zukünftigen Generationen zu schaffen.

- Nach Meinung der Befragten muss das gesamte System der Altersvorsorge grundlegend reformiert werden (Finanzierung der Rente, Renteneintrittsalter, Rentenniveau), um eine Absicherung im Alter, die ein würdevolles Leben bietet, gewährleisten zu können. Kleine Maßnahmen werden nur als kurzfristige Lösung zur Verbesserung der aktuellen Lebensverhältnisse von Rentner:innen angesehen, wobei auch hier deutlichere und effizientere Maßnahmen gefordert werden, um auch hier ein Leben in Würde und eine Anerkennung der Lebensarbeitsleistung zu schaffen. Zudem sollte eine frühzeitige Aufklärung erfolgen, damit die Relevanz von (privater) Altersvorsorge bereits im jungen Alter wahrgenommen wird und Ansprüche im Alter besser bekannt sind.

Zusammenfassung der Erkenntnisse des Handlungsfeldes: Bildung

Die Relevanz des Bereiches Bildung ist hoch, da dieser Bereich zum einen zahlreiche Lebensphasen einer jeden Person prägt. Zum anderen ist er ein Grundpfeiler für weitere Lebensentwicklungen/-bereiche (u.a. beruflicher Lebensweg, Familie).

- Befragte beschreiben eine hohe Relevanz des Bereiches zum einen während der Hauptphase der Bildung (Kindergarten, Schule, Berufsausbildung). Aber auch nach diesen Phasen ist die Bildung im Sinne von lebenslangem Lernen und beruflicher Entwicklung/Erfolg relevant. Zudem gewinnt der Bereich nochmals stärker an Relevanz in Familien, sobald Kinder in das Bildungssystem eintreten (Kindergarten, Schule, berufliche Ausbildung). Neben den direkten Aspekten wird auch die wichtige Rolle der Bildung in der Beseitigung des Fachkräftemangels und der Stärkung der Wirtschaft gesehen – nur durch gut ausgebildete Personen können qualifizierte Fachkräfte in die Wirtschaft eingebracht werden – Bildung gilt somit als Grundpfeiler für die (Weiter-)Entwicklung des Landes. Im Bereich Bildung sind zudem die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher Veränderungen (z.B. Wertewandel, Migration, Fachkräftemangel, Überalterung, Digitalisierung) besonders stark zu spüren.

Die starke Ausdifferenzierung des Bereiches je nach Bundesland wird als grundlegendes Problem angesehen. Der Bundesregierung wird aktuell nur ein gewisses Maß an Handlungsspielraum zugeschrieben (v.a. im Sinne von Steuerung und Finanzierung), da den Befragten die Zuständigkeit der Landesregierungen im Bereich der Bildung bekannt ist. Allerdings gelten aktuelle Verantwortlichkeiten der Bundesregierung noch als zu wenig aktiv wahrgenommen, teils wird die Argumentation der Zuständigkeiten als Ausrede für fehlenden Reformwillen empfunden.

- Befragte sehen im Bereich der Bildung keine Vorteile des Föderalismus. Sie wünschen sich eine stärkere Verantwortungsübernahme der Bundesregierung im Bereich der Bildung, um ein einheitliches, modernes Bildungssystem zu schaffen und somit für klare Regelungen, aktive und einheitliche Aussteuerung der Maßnahmen und Chancengleichheit zu sorgen. Einzelne Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung im Bildungssektor sind bekannt (und ein gewisser Wille zur Veränderung somit positiv anerkannt), jedoch werden die Maßnahmen als wenig effektiv und wenig gut umgesetzt wahrgenommen, teils sogar als Verschärfung der angespannten Lage angesehen.

Im Bereich der Bildung sehnen sich Befragte nach der Vereinheitlichung des Bildungssystems für eine hochwertige Bildung/Ausbildung in jedem Bundesland. Zudem wünschen sie sich eine Reform des Schulsystems (Weiterentwicklung und Modernisierung) wie auch finanzielle Unterstützung in allen Bildungsphasen.

- Befragte wünschen sich bundesweite Rahmenbedingungen für die Bildung von Kita bis Ausbildung/Studium, um für Chancengleichheit zu sorgen und klare Voraussetzungen zu schaffen. Zudem bedarf es einer Reformierung des Schulsystems zu einem moderneren System sowohl was die Gebäude betrifft wie auch die Lerninhalte und Lehrmethoden. Für eine Verbesserung in diesem Bereich bedarf es zudem der Sicherung der Erziehungs-/Lehrverhältnisse in hoher Qualität durch Beseitigung des Fachkräftemangels und finanzieller Unterstützung in allen Bereichen von Kita bis Ausbildung/Studium.

Zusammenfassung der Erkenntnisse des Handlungsfeldes: Gesundheit und Pflege

Gesundheit und Pflege ist von hoher Relevanz im Alltag und umfasst zahlreiche Aspekte des Alltags.

- Befragte sorgen sich v.a. im Hinblick auf ihre Absicherung im Krankheits-/Pflegefall. Hierbei sind u.a. die Aspekte der wahrgenommenen Verschärfung der Verfügbarkeit von medizinischer und pflegerischer Versorgung durch Fachkräftemangel, Schließungen, wahrgenommenen Leistungskürzungen und zu hohen Kosten prägend. In diesem Bereich macht sich insbesondere der demographische Wandel stark bemerkbar.

Die Bundesregierung wird als regulierende Instanz angesehen, die jedoch den aus Sicht der Befragten stark zunehmenden und als negativ gesehenen Privatisierungs- und Gewinnerzielungstendenzen wenig entschlossen entgegentritt und diese sogar fördert.

- Befragte kritisieren die Entscheidung vergangener Bundesregierungen einer immer stärkeren Privatisierung des Gesundheits-/Pflegesektors. Durch fehlende Investitionen der letzten Jahre und der Maskenaffäre der letzten Bundesregierung hat auch die aktuelle Bundesregierung mit den Folgen des Vertrauensverlusts zu kämpfen. Befragte erkennen zwar einen gewissen Willen, die Lage zu verbessern, sehen jedoch sowohl diverse Hürden (intern durch Uneinigkeit in der Ampel-Regierung und extern durch den Einfluss weiterer Akteure) als auch andererseits fehlende Bereitschaft für umfassende Reformen.

Befragte wünschen sich eine deutliche Regulierung des Gesundheits-/Pflegesektors durch die Bundesregierung zugunsten der Bevölkerung, um eine Absicherung der Gesundheit und der Pflege zu gewährleisten.

- Der Fokus zielt auf das Wohl und die Unversehrtheit der Menschen und Abkehr von einer stark wirtschaftlichen Orientierung in dem Bereich. Hierfür halten Befragte u.a. eine Beseitigung des Fachkräftemangels und Anpassung des Verteilungsschlüssels, den Erhalt medizinischer Einrichtungen, Sicherung des Zugangs zu notwendigen Medikamenten und Kostenübernahmen für Medikamente, Behandlungen und Hilfsmittel für erforderlich.

Zusammenfassung der Erkenntnisse des Handlungsfeldes: Wohnraum

Auch der Bereich Wohnen ist von hoher alltäglicher Relevanz. Fokus liegt hier v.a. auf dem Aspekt der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum.

- Aufgrund des Bedürfnisses nach Schutz und Unterkunft ist Wohnraum ein Bereich, der für alle relevant ist. Als Grundproblem in diesem Bereich werden v.a. die fehlende Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum aufgrund von hoher Nachfrage und starken Kostensteigerungen angesehen. Ähnlich wie im Bereich Bildung sind im Bereich Wohnen die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher Veränderungen besonders stark zu spüren und beeinflussen sehr stark den Blick auf den alltäglichen und in Folge gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Bundesregierung wird als Rahmengeber und regulierende Instanz verstanden, die v.a. für die Bereitstellung von Geldern für den Wohnungsbau, aber auch Unterstützung von privatem Wohnungsbau und den Schutz von Mietern eintreten soll.

- Befragte schätzen die Bestrebungen der aktuellen Bundesregierung für neuen Wohnraum zu sorgen und die Bevölkerung teils finanziell zu entlasten. Hierbei erleben Sie jedoch wenig Verbesserung, da teils Bestrebungen nicht eingehalten werden, was wiederum zu einem Vertrauensverlust führt. Zudem wird auch in diesem Sektor die starke Privatisierung von Wohnraum (Verkauf von staatlichen Wohnungen an Immobilienkonzerne) als Fehlentscheidung kritisiert.

Befragte wünschen sich ein lösungsorientiertes und effizientes Handeln, um der Wohnraumknappheit und den hohen Kosten von Wohnraum entgegenzuwirken und somit die Unterkunft eines jeden in der Bevölkerung langfristig zu sichern und Segregationstendenzen entgegenzuwirken.

- Die Bundesregierung soll den staatlichen Wohnungsbau weiter vorantreiben und die gesetzten Ziele einhalten und durch Gesetze zum einen das Schaffen von privatem Wohnraum fördern/vereinfachen, sowie bezahlbaren Wohnraum sichern und soziale Segregationen von Wohnvierteln vermeiden.

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Die Grundstimmung in Deutschland ist überwiegend von Sorgen geprägt: Auch wenn es noch ein eher starkes politisches und ökonomisches Fundament gibt, so zeigen sich zunehmend Erosionserscheinungen, die z.T. seit Jahren andauern mit wenig Aussicht auf Besserung.

Die Lage in Deutschland wird überwiegend negativ wahrgenommen:

- Zwar wird – gerade im Vergleich zu anderen Ländern – überwiegend positiv hervorgehoben, dass Deutschland eine funktionierende Demokratie mit sozialstaatlichen Institutionen und starker Wirtschaft ist
„Wer mal im Ausland war, weiß doch, wie gut unser Gesundheitssystem oder unsere Bildung ist.“ *„Im Maschinenbau oder Automobilindustrie sind wir weit vorne.“* *„Für Deutschland spricht in erster Linie für mich die Demokratie.“*
- Aber insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass Deutschland in vielen Bereichen langjährige Probleme hat, die um neuere Probleme ergänzt werden, so dass immer vehementer negative Folgen zu beobachten sind

Emotional führt die Betrachtung der Gesamtlage zu einem Bündel negativer Empfindungen:

- Wut und Frust
„Wenn ich an die Situation in unserem Land denke, dann könnte ich echt brechen“.
- Sorgen & Ängste
„Bis wir in Rente gehen, gibt es nicht viel oder gar nichts, fürchte ich.“
- Ohnmacht mit Zwang zu mehr Eigenverantwortung
„Es prasselt so viel auf einen ein und die Politik macht nichts.“ *„Ich muss selbst für die Rente sorgen, hilft ja nichts.“*
- Fremdheit/Entfremdung
„In Dortmund hört man zig Sprachen, aber kein Deutsch. Man fühlt sich gar nicht mehr als Deutscher.“
- Fluchtgedanken
„Wenn ich nicht meine Familie hier hätte, wäre ich schon längst ausgewandert.“

Der Blick in die Zukunft erscheint bestenfalls ambivalent, schlimmstenfalls pessimistisch:

- Eine Verbesserung der Lage wird nicht erwartet
„Es ist schon merkwürdig: Wir sind ein reiches Land, wissen aber damit nichts anzustellen.“

Zitate von Befragten

„Deutschland ist wie eine alte Villa: Von außen noch mit schöner Fassade, aber innen bröckelig und das Fundament hat Risse.“

„Ich denke, das Hauptproblem, was die Menschen heute haben, sind Existenzängste oder Zukunftsängste, weil alles hat wirklich viel mit Geld zu tun.“

„Ich glaube, [dass die Deutschen] viele Jahre verschlafen haben und dass in vielen Jahren irgendwie wenig passiert ist, und jetzt so also der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er irgendwann bricht. Und jetzt sind viele Krüge – haben schon etliche Risse.“

„Vieles wie Rente und Gesundheit ist doch schon lange ein Problem. Das wird aber immer schlimmer und es kommen neue Probleme wie Inflation und Migration hinzu.“

„Ich selbst bin Grieche. Uns hat man vorgeworfen, wir wären chaotisch. Aber mittlerweile ist Deutschland die Bananenrepublik!“

„Deutschland schafft sich ab!“

„Früher hat das Ausland voller Neid auf Deutschland geguckt. Das ist nicht mehr der Fall!“

„Es gibt nur noch Streit, alle Seiten werden extremer!“

„Wenn ich an Deutschland denke, bin ich um den Schlaf gebracht.“

„Klar, wir haben zum Glück Frieden und Demokratie. Aber Sorgen macht man sich schon!“

Die vier Handlungsfelder sind – oftmals allesamt – relevant im Alltag und somit auch für die Gesamtwahrnehmung der Lage in Deutschland, werden aber oft um weitere übergreifende Themen, v.a. Migration und wirtschaftliche Lage / Kostensteigerungen, ergänzt.

Die vier Handlungsfelder Altersvorsorge, Bildung, Gesundheit und Pflege sowie Wohnraum sind im Alltag der Befragten sehr präsent in Form höchstpersönlicher Erfahrungen bzw. als Erfahrung aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld.

Die Medien spiegeln diese Handlungsfelder wider und fungieren hierbei als Katalysator: So verstärkt sich der Eindruck, dass diese Bereiche weite Teile der Bevölkerung betreffen, wodurch sich die Befragten schließlich in der eher negativen Grundstimmung bestätigt sehen.

Oftmals sind die Befragten mit Herausforderungen in vielen, wenn nicht allen, Bereichen konfrontiert – nicht zuletzt, da sie diese als mit- und untereinander verwoben ansehen, was in Folge die Relevanz der Bereiche potenziert.

Es wird ferner wahrgenommen, dass die Bereiche diverse Ausprägungen und komplexe Ursachen haben und schon seit Jahr(zehnt)en Handlungsbedarf besteht, was zur Verschärfung der Situation beiträgt.

„Wir standen vor zehn Jahren besser da. Hat natürlich auch mit Corona und Ukraine-Krieg zu tun, gerade was die Inflation und steigende Nebenkosten angeht, aber eine gewisse Fehlpolitik hat dazu geführt, dass das immer unsicherer wird.“

Neben den vier genannten Bereichen werden noch weitere Themen als sehr wichtig betrachtet, die sich z.T. als Ausprägung und Ursache in den einzelnen Bereichen wiederfinden (Details dazu in den einzelnen Kapiteln nachfolgend). Es geht hier insbesondere um die Themen:

- Migration und fehlende Integration – insbesondere als Belastung der Infrastruktur und Ursache für soziale Konflikte
„Wir nehmen mehr auf als wir eigentlich können, dürfen, müssten. Und die Behörden kommen einfach nicht mehr hinterher.“
- Inflation/Wirtschaftssituation: persönlicher und gesellschaftlicher Wohlstand unter Druck
- Konflikte und Kriege weltweit

Zitate von Befragten

„Ich arbeite selber im Pflegedienst und kenne die Missstände.“

„Meine Frau ist Krankenschwester und hat schon so oft daran gedacht aufzuhören.“

„Wenn die Rente gering ist, ist es natürlich auch schwerer eine neue Wohnung zu finden.“

„Also, das sind Probleme, die wir dann auch schon hier in Deutschland haben, wo ich finde, wo man da noch mehr machen muss, in Deutschland. Da müssen mehr Gelder locker werden.“

„Wenn das große Konstrukt nicht mehr so tragbar ist, was wir alle sehen, kann ich auch für mich selber vorsorgen und halt schon immer was zur Seite tun.“

„Allein beim Bildungssystem haben wir bei Corona schon gesehen: Das war eine Katastrophe ohne Ende.“

„Wir hatten ja da gar keinen Wechsel an Politikern seit gefühlt 20 Jahren, was Gesundheitspolitik angeht.“

„Ich habe Angst, wie die Stadtteile beispielsweise in 20, 30 Jahren aussehen, dass wir jetzt schon Ghettos haben, wenn man nach Duisburg guckt, wenn man nach Berlin guckt und in andere Großstädte, da stellen die Ausländer ja schon, oder die Flüchtlinge, die Mehrheit. Finde ich jetzt nicht richtig.“

„Es ist alles so teuer geworden. Ich hätte nie gedacht, dass ich mit 74 noch arbeiten muss.“

„Man braucht mittlerweile zwei Jobs zum Überleben.“

Über alle vier Handlungsfelder lassen sich wiederholt genannte Ursachen für Probleme und Veränderungen finden – sowohl auf struktureller als auch kultureller Ebene.

Aus Sicht der Befragten sind die Ursachen der aktuellen Entwicklung in den vier Handlungsfeldern teils übergreifend zu beobachten. Als ursächlich gelten:

- Entkoppelung der Politik von der Lebenswirklichkeit und den Problemen der Bürger:innen
- Punktuelle Lösungen bzw. Lösungsversuche anstelle gründlich umfassender Reformen
- Bürokratie und Modernisierungstau: Zu starker Fokus auf Verwaltung und Dokumentation in allen Bereichen
- Migration: Fehlende Integration von Personen, die nach Deutschland kommen (u.a. Sprachförderung), wahrgenommene Verknappung von Ressourcen und fehlende Aussteuerung/Nachjustierung von Ressourcen durch wenig gesteuerte Migration (u.a. erhöhter Bedarf an Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Erziehungs-/Lehrkräfte)
- Demografischer Wandel: Älterwerdende Gesellschaft allgemein und Fachkräfte im Besonderen
- Wertewandel: Materialismus im Vordergrund, Rückgang von Familienwerten, abnehmende Leistungsbereitschaft, z.T. kulturelle Konflikte
- Preissteigerungen v.a. durch die Inflation: Erhebliche und teils nicht mehr finanzierbare Teuerungen wahrgenommen
- Privatisierungen von Einrichtungen der grundlegenden Versorgung: Rendite statt Daseinsvorsorge im Vordergrund
- Soziale Polarisierung u.a. Kluft zwischen Arm und Reich
- Fachkräftemangel in allen Bereichen: sorgt für Zweifel über Absicherung der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands
- Mangelnde Familienfreundlichkeit: Fehlende Förderung von Familien (u.a. wenig kindgerechte Angebote und Kostensteigerungen)
- Fehlende Information/Aufklärung in allen Bereichen



Zitate von Befragten

„Es hakt insgesamt an allem, aber es haben sich ein paar politische Themen breitgemacht, die nicht so wichtig sind, wie die, die man wirklich angehen muss, z.B.: Darf ich Gendern? Muss ich Gendern? Das wird als riesengroßer Ballon aufgeblasen. Und die Politik, die es ja selber im Grunde nicht betrifft, weil da sind die Renten sicher und ordentlich Gehälter ausgezahlt, sieht nicht, dass es demjenigen, der einen ganz normalen Job macht und seine Familie zu versorgen hat, einfach wirklich am Limit tanzt und dieser Seiltanz langsam nicht mehr zu bewältigen ist.“

„Das Problem ist einfach bei der Privatisierung, dass mittler-weile das Krankenhaus oder die Wohnung zum Gewinn-Objekt werden muss, nicht kann, sondern muss.“

„Wir werden abgespeist mit irgendwelchen Häppchen. Ich sage mal: Energiepauschale.“

„Die Gesellschaft wird älter. Da braucht man mehr Pflegeheime oder passende Wohnungen.“

„Immer mehr Leute gehen in Rente. Wer ersetzt die?“

„Egoismus statt Profit.“

„Früher hat oft die Familie geholfen, heute gibt es mehr Singles.“

„Es geht mehr um Work-Life-Balance. Also, mehr um die Life-Balance als Work.“

„Ich bin ja selber Ausländer. Aber bei uns wohnen fast nur noch Ausländer. Und leider ist auch der Ton komplett anders, dass ich meine Kinder ungerne auf den Spielplatz vor unserer Wohnung schicke.“

„Wir haben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Rente und in der Gesundheit.“

Die Wahrnehmung der Gesamtsituation und der Diskurs zu den einzelnen Bereichen weisen übergreifend ein hohes Maß an Ähnlichkeit auf, jedoch mit punktuellen Unterschieden, v.a. bzgl. städtischer und ländlicher Bevölkerung.

Insgesamt lässt sich eine hohe Ähnlichkeit der Grundstimmung und des Diskurses konstatieren – Beschreibungen der aktuellen Lage Deutschlands, der Herausforderungen und Ursachen sind recht homogen. Gewisse kleinere Unterschiede lassen sich dennoch beobachten:

Stadt vs. Land:

• Stadt:

- Zuzug sowohl von einheimischer als auch migrantischer Bevölkerung führt zu einer höheren Belastung der Infrastruktur (Wohnung, Gesundheit, Bildung)
- Stärkere (soziale/ökonomisch/kulturelle) Segregation von Stadtteilen
„Da findet dann auch schon wieder keine Vermischung statt, so dass man sich kulturell irgendwie integrieren könnte. Das heißt, die anderen sind ja gezwungen – die, die grade erst hierhin geflohen sind und noch keinen Job haben, oder die, die sowieso schon Schwierigkeiten haben.“
- Stärkere Erfahrung von Rassismus/Fremdenfeindlichkeit
„Mein Mann ist Afrikaner und ich persönlich, wenn ich mit meinen Kindern auch unterwegs bin, werde sehr oft blöd angemacht, aufgrund meiner Kinder.“
- Stärkerer Egoismus und Anonymisierung
„Man kennt doch keinen Nachbarn mehr.“
- Stärkere Angst vor Kriminalität
„Du hast Angst, irgendwie abends noch mit dem Hund rauszugehen, weil überall Menschen rumlaufen. Du hörst nur noch Messerstechereien.“

• Land:

- Abbau von Infrastruktur
„Wie viele Kliniken hier geschlossen wurden! Man muss weit fahren!“
- Vernachlässigung des Aufbaus von Infrastruktur
„Kein Wunder, dass alle in die Städte ziehen, wenn es hier kaum Busse und Bahnen gibt.“

Weitere Nuancen lassen sich zwischen Altersgruppen und Personen mit/ohne Migrationshintergrund ausmachen. Ost- vs. Westunterschiede sind geringer ausgeprägt

• Ältere vs. Jüngere:

Je nach Alterssituation und der damit einhergehenden sozialen Lebensphase wird die Relevanz der Themen z.T. unterschiedlich gewichtet bzw. werden Schwerpunkte gesetzt

„Für mich als Rentner ist jetzt Bildung nicht mehr ganz so wichtig.“ „Als junger Mensch mache ich mir eher Gedanken, wie ich privat vorsorgen kann und muss.“

• Personen mit vs. ohne Migrationshintergrund:

– Personen mit Migrationshintergrund berichten eher von Benachteiligungen aufgrund ihrer Herkunft

„Ich hatte oft das Gefühl, dass Deutsche in der Schule bevorzugt werden.“ „Bei der Wohnungssuche hat man es schwerer.“

– Personen ohne Migrationshintergrund berichten von einer zunehmenden Entfremdung

„Also ich war jetzt am Wochenende in Dortmund. Das war wieder so ein Kulturschock. Man kommt sich halt im eigenen Land so fremd vor. Ich habe so gut wie keine Deutschen gesehen. Das war beängstigend.“

– Gleichzeitig berichten auch manche Personen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland wohnen, von einer zunehmenden Entfremdung, die von Seiten der einheimischen als auch der neu zugezogenen Bevölkerung vorangetrieben wird

„Ich werde oft blöd angemacht als Ausländerin. Und ich muss sagen – es wird einfach nicht besser in Deutschland. Und ich frage mich dann immer, wenn irgendwelche Beleidigungen kommen, ob die überhaupt darüber nachdenken, was die einem sagen. Weil, ich meine, die gehen ja trotzdem in die Dönerbude und die holen sich ja trotzdem die Bananen. Aber dann auch diese ganzen Flüchtlinge, Flüchtlinge aufnehmen ist ja schön und gut. Kann ich auch nachvollziehen, aber es wird langsam zu viel. Ich persönlich sage schon seit Jahren: Ich möchte gerne auswandern, weil ich mich auch nicht mehr so wohlfühle.“

• Ost vs. West:

Befragte aus den neuen Bundesländern sehen z.T. einerseits (strukturelle) Benachteiligungen gegenüber den alten Bundesländern, andererseits ziehen sie auch Vergleiche zu – aus Ihrer Sicht – besseren Lösungen aus der ehemaligen DDR

– *„Man müsste die Renten im Osten an die im Westen angleichen.“*

– *„Früher, zu DDR-Zeiten, hatten wir Förderschulen. Da waren kognitiv und körperlich Benachteiligte, die ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden konnten und auch einen Schulabschluss machen konnten. Das ist jetzt alles im normalen Schulalltag integriert. Dann haben wir diese ganzen – 2015 gab es Sprachklassen, die haben wir heute nicht mehr. Das heißt, du hast eine Schulklasse, da hast du zwei im Rollstuhl, zwei geistig behinderte oder benachteiligte Kinder drin, hast von den 25 Schülern 12 Sprachen im Unterricht, und dann versuch mal, einem Erstklässler die deutsche Sprache beizubringen! Das ist Inklusion, also die Wunschinklusion. Das funktioniert aber nicht.“*

– *„Ja, das ‚serielle Wohnen‘ ist ja jetzt die Neuerfindung von Herrn Scholz. Das finde ich total amüsant als Ostdeutscher. Das ‚serielle Wohnen‘ hatten wir 40 Jahre lang! Das ist keine Neuerfindung!“ / „In DDR-Zeiten gab es eine einzige Krankenkasse. Das hat auch funktioniert. Und da gab es auch kein Rentenproblem.“*

Die Bundesregierung steht aus Sicht der Befragten bei allen Themen in der Pflicht. Es wird konzidiert, dass Problemfelder bei der Ampel-Regierung zumindest auf der Agenda stehen und erste Maßnahmen eingeleitet werden.

Allgemeine Wahrnehmung der Bundesregierung. Positive Aspekte:

- Insgesamt räumt die Mehrheit der Befragten ein, dass derzeit besonders schwierige Rahmenbedingungen herrschen, die Problemlösungen herausfordernd gestalten
- Es wird zudem wahrgenommen, dass viele Themen im Vergleich zu den Vorjahren zumindest angesprochen werden und auf die Agenda des politischen Handelns gesetzt wurden
- Zum Teil sind auch einzelne Maßnahmen und Initiativen in den vier Bereichen bekannt, auch wenn deren Wirksamkeit unterschiedlich bewertet wird
 - „Die wollte doch 400.000 Wohnungen bauen. Aber es steht doch jetzt schon fest, dass man es nicht schafft. Wir haben nicht mal die Hälfte geschafft dieses Jahr.“
 - „Also die Rentenanpassung ist nicht genug, aber die ist deutlich mit 4,6 Prozent und so weiter, und im Osten sogar noch über 5. Das ist schon, sage ich mal, schon gut. Das gab es ja so noch nicht, also das ist zumindest der Versuch.“
 - „Es soll doch so eine Grundsicherung bei der Rente geben, da wurde auch mal drüber gesprochen. Ich weiß nicht, inwieweit das umgesetzt wurde.“ „Ja, die Einkommensgrenze von Zuverdienst bei Rentnern wurden erhöht.“
 - „Das Wohngeld wurde reformiert.“ „Es gab ja sowas wie die Strompreisbremse.“ „Bei Gesundheit soll es mehr in Richtung Vorsorge gehen.“
 - „Man hat doch 200 Euro Zuschuss für Energie bekommen. Wenig, aber immerhin.“

Zitate von Befragten

„Ich sage jetzt, es ist tendenziell besser mit der neuen Regierung geworden, eben weil versucht wird, was zu machen. Wir haben jetzt die schwierigen Rahmenbedingungen mit dem Krieg in der Ukraine, die die GroKo nicht hatte, usw. und andere Problematiken. Und vor allem ist die jetzige Regierung im Gegensatz zur vorherigen nicht hingegangen und hat Regierungswohnraum an private Investoren verkauft.“

„Also, dass die Preise jetzt steigen und die Mieten hängt jetzt nicht unbedingt damit zusammen, dass wir die Ampel haben und nicht die GroKo. Das sind einfach die Rahmenbedingungen, die schwieriger geworden sind.“

„Ich finde gut, dass da was passiert. Dass da zumindest mal gesagt wird: Da ist irgendwas im System falsch und wir müssen es ändern. Das ist sehr, sehr gut.“

„Also ich bin der Meinung, die Bundesregierung, die wir jetzt haben, versucht es zwar, mehr zu machen, aber irgendwie vermittelt die das nicht.“

„Ich glaube, auch von außen wirkt es, als ob das ungefähr gleichbleiben würde, aber dadurch, dass die Bedingungen schwieriger geworden sind, ist das natürlich so gesehen eine größere Leistung. Meiner Meinung nach.“

„Der Lauterbach, der mag ja nicht besonders intelligent da rüberkommen, aber er ist wenigstens ein bisschen vom Fach und der versucht wenigstens was zu machen im Vergleich zu seinem Vorgänger.“

Allerdings schneidet die aktuelle Bundesregierung überwiegend negativ ab aufgrund der Wahrnehmung ungenügender Tatkraft, mangelnder Führungsstärke und eher ideologischer statt pragmatischer Ausrichtung

Die aktuelle Bundesregierung wird trotz der bereits beschriebenen (positiven) Aspekte deutlich in allen vier Bereichen kritisiert.

Auf der SACHEBENE werden folgende Aspekte kritisiert:

- **Probleme werden nicht fundamental angegangen, eher punktuelle Maßnahmen**
„Die Heizkostenpauschale für Dezember 22 war ein Tropfen auf den heißen Stein und undurchsichtig.“
„Ich glaube, grundsätzlich muss einfach mal geguckt werden, in welcher Form man das Ganze reformieren kann, wie man das mal neu strukturieren kann, analysieren kann.“
- **Unzulängliche Maßnahmen**
„Es wurde zwar einiges geändert, aber es sollte angepasst werden an die Kosten und ans Einkommen. Und dass auch nicht nur das Einkommen gesehen wird, sondern auch immer überall die Ausgaben entgegengestellt werden. Es wird immer nur das Einkommen gerechnet und nicht, was die Leute für Ausgaben haben. Ob das beim BAföG ist, beim Wohngeld, beim Kinderzuschlag. Das ist alles das gleiche.“
- **Ungenügende bzw. unpopuläre Maßnahmen**
„Wenn ich nur an das Heizungsgesetz denke...“ „Die Kliniken gehören nicht geschlossen! Egal wie klein eine Klinik ist, selbst eine kleine Stadtklinik muss erhalten bleiben.“
- **Mangelnde Tatkraft/Führungsstärke**
„Der Bund darf sich bei Bildung nicht einfach herausreden, das sei Ländersache. Wir brauchen einheitliche Standards.“
- **Stärkere Ausrichtung an Ideologie statt Pragmatismus**
„Ideologie hat ja was mit Umweltschutz und Klima zu tun. Wir müssen was dafür tun, das ist mir schon klar. Das will ich jetzt auch nicht schönreden. Wir müssen wirklich was dafür machen. Aber man kann das jetzt nicht mit der Brechstange so rausholen. Das geht nicht.“

Zitate von Befragten

„Ich habe mir mal den Spaß gemacht, weil ja Anfang des Jahres Wohngeld erhöht wurde, habe ich mir mal den Spaß erlaubt, habe mal einen Wohngeldantrag gestellt. Nach einem halben Jahr kriegte ich dann Bescheid, meine Wohnung dürfte 438 Euro kosten. Und da habe ich mir gedacht, schlaft ihr auf dem Baum oder was? Wo kriegst du heute noch eine Wohnung für 438 Euro?“

„Also Spahn hat mit der Verschlechterung angefangen und unser Karlchen – der macht es gerade noch schlimmer.“

„Ich denke, das schlechte Bild der Regierung liegt einfach daran, weil viele sich einfach eine starke Führung wünschen würden, die wirklich mal auf den Tisch haut.“

„Ich habe das Gefühl, die sind einfach nur noch Idioten, also ich meine idealisiert oder ideologisiert. Ich glaube, Sie wissen, was ich meine. Die sind festgefressen in ihren Ideologien und dabei wollen die unbedingt bleiben und auf dieses Ziel kommen, komme was wolle.“

Der Bundesregierung werden zudem Defizite in der internen und externen Kommunikation attestiert, was neben den vorseitig genannten Defiziten den allgemeinen Vertrauensverlust in die Politik verstärkt.

Neben den ungünstigen Wahrnehmungen auf der Sachebene werden der Ampelkoalition vergleichsweise große Schwächen in KOMMUNIKATION UND (AUßEN-)DARSTELLUNG zugeschrieben:

- Interne Kommunikation: Streit/Uneinigkeit
- Externe Kommunikation:
 - Teilweise mangelnde Bekanntheit von Bundesminister:innen
 - Teilweise mangelnde Bekanntheit von Maßnahmen und Neuerungen

Die als überwiegend NEGATIV betrachtete Gesamtleistung der aktuellen Regierung verstärkt schließlich den Vertrauensverlust in Politik und Demokratie

„Also, es ist ein kompletter Glaubensverlust in die komplette Politik. Und das betrifft alle Themen. Das beginnt bei Gesundheit, über Wohnraum, usw. Weil, jeder Politiker, egal aus welcher Partei, CDU, Grüne, SPD, sagt politisch, Entscheidungen, Gesetze, macht er hier. Und bei allen Talkshows sagt er: ‚Dafür kann ich ja gar nichts. Ich bin gar nicht beteiligt.‘“

Zitate von Befragten

„Es ist noch schlimmer als bei der Vorgängerregierung: Die quatschen ja nicht miteinander, sondern übereinander und gegeneinander.“

„Der eine sagt, die Maßnahmen machen wir nicht, der andere machen wir doch.“

„Die Bildungsministerin kennt man fast gar nicht. Ich wüsste auch nicht, wie sie heißt. Ist eine dünne Frau, aber das geht im Bund vollkommen unter, das Problem „Bildung“.“

„Die, die jetzt dran sind, die machen es schneller und fahren schneller vor die Wand. Wenn wir bei der Merkel bei 110 waren, dann sind wir bei den Grünen jetzt wahrscheinlich bei 250 oder so was.“

„Von der Bundesregierung selber wünsche ich mir auch ein bisschen mehr Einheit, ein bisschen mehr Kompromissbereitschaft, weil, also: Wie will man zusammen regieren, wenn man komplett unterschiedliche Ansichten hat Das funktioniert halt nicht. Deswegen muss man sich ein bisschen zusammensetzen.“

„Und es gibt überhaupt null, null, Informationen von der Politik zum Thema Rente für Selbständige. Es gibt das ja nicht mal von den Verbänden unter den Selbstständigen, die das betrifft, um sich damit auseinander zu setzen. Über die Jahre werden das alle Sozialfälle.“

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Altersvorsorge ist ein Bereich, der je nach Alter immer mehr an Relevanz gewinnt. Unteraspekte fokussieren sich vor allem auf die Ausgestaltung und Absicherung des gesetzlichen Rentensystems.

Altersvorsorge ist ein Bereich mit sehr individuellen Berührungspunkten. V.a. jüngere Befragte, die sich noch in der Ausbildung/Studium befinden, empfinden Altersvorsorge als einen Bereich mit geringer aktueller Relevanz für sich selbst. Bei älteren Befragten ist es ein essentielles Thema, da es die finanzielle Grundlage für Teilhabe in allen Lebensbereichen darstellt und emotional stark im Sinne der Anerkennung als Lebensleistung aufgeladen ist.

Aspekte, die im Bereich der Altersvorsorge zum Tragen kommen sind:

- Ausgestaltung des gesetzlichen Rentensystems (Finanzierung des Systems, Eintrittsalter, Rentenniveau)
- Sicherheit des Rentensystems: v.a. finanzielle, gesundheitliche Absicherung in der Zukunft
- Ausgestaltung der privaten Altersvorsorge (Finanzierung, Sicherheit)
- Unausgeglichenheit von Rahmenbedingungen und Leistungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Rentner:innen vs. Pensionär:innen; Rentner:innen vs. Sozialhilfeempfänger:innen)

Das politische Handlungsfeld Altersvorsorge steht im Zusammenhang mit weiteren politischen Feldern:

- Wohnraum, vor allem Finanzierbarkeit und Sicherheit des eigenen Wohnraums auch im Alter (Furcht vor Obdachlosigkeit)
- Steuerpolitik mit Blick auf steuerliche Belastung von Renten (gesetzlich/privat)
- Arbeitspolitik im Hinblick auf die Höhe der Arbeitsentgelte, um private Altersvorsorge finanzieren zu können

Zitate von Befragten

„Es kann nicht sein, dass eine Verkäuferin, die 40, 45 Jahre gearbeitet hat, die hat natürlich weniger verdient, wie jetzt ein Manager, dass die vielleicht 900 bis 1.000 € Rente kriegt und jemand anderes 1.500, 2.000? Wo ist da die Gerechtigkeit? Das sehe ich nicht als gerecht.“

„Also, man merkt eigentlich auch nur, was für Lücken sind, wenn man selbst drauf angewiesen ist. Und das ist genau das Problem, dann ist eigentlich der Drops gelutscht.“

„Altersvorsorge und Wohnraum sind ganz eng verknüpft, wenn man keinen privaten Wohnraum hat, der einem selber gehört, wenn einem zum Beispiel dann der langjährige Vermieter die Wohnung kündigt, dann rutscht man ganz schnell in die Altersarmut.“

„Wer Beamter ist, nichts gegen Beamte, die kriegen, 3.000 €, 2.800 € Pension, und ich muss mit meinen 1.400 dann auskommen, habe 45 Jahre gearbeitet.“

Positive Aspekte kommen weniger zum Vorschein. Es besteht Konsens, dass eine Absicherung in Form einer gesetzlichen Rente sehr positiv ist, auch wenn die konkrete Ausgestaltung verbesserungswürdig erscheint. Vereinzelt werden positive Stimmen zu neuen Maßnahmen vernommen.

Befragte sind generell ZUFRIEDEN, dass eine gesetzliche Altersvorsorge in Deutschland existiert und schätzen diesen Aspekt, da sie auch zahlreiche Länder ohne gesetzliche Altersvorsorge kennen. Zudem äußern sich Befragte POSITIV bezüglich der folgenden Aspekte:

- Einführung der Grundrente: Gewährleistung einer gewissen Grundsicherung im Alter
 - Weitere Zuschläge zur Aufstockung geringer Renten z.B. Wohngeld
- Möglichkeit des Hinzuverdienstes in der Rente und Wegfall der Hinzuverdienstgrenze
 - Möglichkeit auch in der Rente zu arbeiten ABER polarisiert stark je nach Grund: positiv bei eigenem Interesse einer weiteren Beschäftigung, negativ bei Notwendigkeit durch zu geringe Einkünfte allein durch die Rente
- Erhöhung der Erwerbsminderungsrente
- Informationen zur Höhe der gesetzlichen Rente
- Aufteilung der Kosten für die Rentenversicherung mit dem Arbeitgeber (Arbeitgeberanteil) [selten]
- Angebot von betrieblicher Altersvorsorge von manchen Firmen [selten]

Zitate von Befragten

„Es gibt immerhin eine Rente. Gibt es nicht in allen Ländern.“

„Gut, dass es eine Grundsumme gibt, die Obdachlosigkeit im Alter verhindert“

„Also positiv kann man sagen, dass die Grundrente gekommen ist für die, die 35 Jahre gearbeitet haben. Das ist zumindest erst mal was.“

„Und was auch positiv ist, dass die vielleicht vor drei, vier Jahren dafür gesorgt haben, dass die Erwerbsminderungsrente höhergezogen wurde. Das wurde ja früher so gerechnet, als ob man bis 63 gearbeitet hat und jetzt bis 65.“

„Das Rentensystem ist relativ transparent. Man bekommt regelmäßig eine Renteninformation und weiß, was einen erwartet.“

„Gut auch, dass Firmen eine Vorsorge anbieten“

Negative Aspekte überwiegen: Es werden v.a. fehlende Reformen des Rentensystems für eine Absicherung künftiger Generationen sowie die Absicherung der aktuellen Rente kritisiert.

Befragte äußern UNZUFRIEDENHEIT bezüglich der folgenden Aspekte:

- Fehlende Modernisierung des Rentensystems u.a. durch neue Systeme (Aktienrente – polarisiert) oder Einbezug weiterer Einzahlenden (u.a. Beamte)
 - Fehlende lukrative und staatlich geförderte Altersvorsorgemöglichkeiten: Riester-Rente als wenig effektiv empfunden
 - Zu geringes gesetzliches Rentenniveau insbesondere für Angestellte/Arbeiter, u.a. fehlender kontinuierlicher Inflationsausgleich, Berechnungsgrundlage der Rentenpunkte unplausibel/unfair
 - Fehlende Anerkennung von außerberuflichen Leistungen und Arbeitsleistungen mit geringerem Verdienst
 - Zu starke Bürokratie bei Beantragung der Rente
- Wahrgenommene Perspektivlosigkeit/Sorge bzgl. der Sicherheit der gesetzlichen Rente in der Zukunft und den Lebensumständen (Altersarmut)
- Fehlende gesetzliche Altersvorsorge für Selbstständige
- Zu hohes Renteneintrittsalter
- Zwang zur Erwerbstätigkeit trotz Rente aufgrund geringer Renten
- Absenkung der Witwenrente [selten]

Zitate von Befragten

„Das ist halt so eine Abwartungspolitik, bis es nicht mehr geht.“

„Wenn ich in Rente gehe, kriege ich doch gar keine mehr.“

„Ich muss keine Vorsorge machen, weil ich sowieso bis in den Tod arbeiten werde voraussichtlich.“

„Wenn ich mir vorstelle, dass ich mit 67 noch flott weg hier einen Kaffee kredenzen soll und dann, ich weiß nicht wie viel, Treppe hoch, Treppe runter, meine Arbeit schaffen soll – geht nicht.“

„Ich möchte dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Aber meine Rente reicht für die Miete und die Versicherung, nicht für das Leben.“

„Die Wertschätzung fängt zum Beispiel bei den Müttern an, die nach wie vor immer noch benachteiligt sind im Rentensystem.“

„Das Problem hatte meine Mutti seinerzeit beim Renteneintritt. Die musste Unterlagen vom Arbeitsamt nachweisen, [...] die das Arbeitsamt bereits aus datenschutzrechtlichen Gründen vernichtet hat. [...] hätte sie nicht so eine Sammelleidenschaft für ihre eigenen Unterlagen entwickelt, hätten ihr da ein paar Rentenpunkte unter Umständen da gefehlt und somit natürlich auch Euros in der Tasche.“

„Wir haben jetzt bei uns in der Firma tatsächlich so einen Fall, der Kollege ist 72, musste weiterarbeiten und wachte am vergangenen Montag einfach nicht mehr auf.“

Negative Aspekte überwiegen: Die private Altersvorsorge gilt nicht als gesichert für jede Person und es werden große Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen.

Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

- Private Altersvorsorge nicht immer problemlos umsetzbar bzw. Zwang zur privaten Vorsorge:
 - Private Finanzierbarkeit nicht immer gegeben
 - Geringe Sicherheit des angesparten Kapitals im Fall von persönlichen Krisensituationen z.B. im Falle von Arbeitslosigkeit
- Zu starke Versteuerung der gesetzlichen wie auch privaten Rente
- Große wahrgenommene Ungleichheit zwischen Bevölkerungsgruppen
 - Rentner:innen vs. Sozialhilfeempfänger:innen
„Eine Nachbarin hat 45 Jahre eingezahlt, die kriegt 1.300 Euro Rente. Mein anderer Nachbar hat nichts eingezahlt. Der kriegt 120. Kriegt aber dann Bürgergeld und Sozialhilfe. Und so, und der kriegt genauso viel und seine Nebenkostennachzahlung wurde einfach überwiesen vom Sozialstaat. Und die andere musste einen Kredit aufnehmen.“
 - Rentner:innen vs. Pensionär:innen
„Warum kriegt der Pensionist, der sowieso schon eine ordentliche Rente kriegt, noch 3.000 Inflationsprämie, während der kleine Rentner mit seinen 700 €, 800 € im Monat nichts kriegt?“
 - Ost vs. West
„Die Rentenniveaus sollten angeglichen werden, sind im Osten noch zu niedrig.“

Zitate von Befragten

„Es wurde ja vor 20 Jahren ungefähr gesagt, die Altersvorsorge ist auf drei Säulen: Gesetzlich, betrieblich und privat. Aber wenn ich mir heutzutage beim Mindestlohn rumkrebse und kann mir selbst, ja, nicht mal den Alltag bewältigen.“

„Man ist ja heute als junger Mensch gezwungen, weil man nicht damit rechnen kann, dass man im Alter irgendwie noch irgendwoher Geld bekommt, ist man gezwungen, privat vorzusorgen, obwohl ich ja auch irgendwo eine Leistung mit meinem Gehalt in die Staatskasse reinbringe.“

„Wenn man jetzt sagt: Ich lege mir Geld an die Seite. Oder ich habe ein Haus. Und man wird dann plötzlich arbeitslos. Muss man quasi blankziehen und zeigen: ‚Was habe ich alles?‘ Und dann sagt das Amt: ‚Ja, okay. Du hast ja das Geld. Dann musst du erstmal davon leben, bevor wir dich überhaupt finanzieren.‘ Das heißt, im Endeffekt, macht das auch nicht wirklich viel Sinn.“

„Es hat sich verschlechtert, was rauskommt: dass man jetzt unter 50 % schon ist mit der Rente, die man bekommt am Ende.“

Als Ursachen der aktuellen Situation in der Altersvorsorge werden der gesellschaftliche Wandel sowie ein Wandel der Werte und Lebensumstände beschrieben. Zudem wird auch fehlendes Reformationsstreben in der Politik kritisiert.

Die wahrgenommenen Ursachen für die aktuelle Lage in der Altersvorsorge sind vielfältig. Nicht alle wahrgenommen Ursachen halten einem Faktencheck oder einer differenzierten Ursache-Wirkungsprüfung stand. Nichtsdestotrotz bestimmen sie das Denken und Handeln der Befragten.

Zu den wahrgenommenen Ursachen zählen:

- Zu geringe Arbeitsmoral der jüngeren Generation: Gefühl der fehlenden Motivation im Berufsleben und somit geringere Stabilität der wirtschaftlichen Basis
- Zu geringer Anteil von Einzahlenden u.a. durch:
 - Trennung zwischen (Beamten-) Pension, Rente und Vorsorge von Selbständigen
 - Starker demografischer Wandel: Fehlender Nachwuchs, um den Generationenvertrag aufrecht erhalten zu können – Fehlende Attraktivität der Familiengründung in vielen Bereichen (u.a. Wohnen, Beruf) – zu teuer, zu kompliziert
- Unzulässige Zweckentfremdung des Rentenvermögens für andere Aufgaben
- Wandel der Lebenshaltung: Zu geringer Verdienst im Vergleich zu Inflation und anderen Preisanstiegen, damit verbundene Sorge um die Finanzierbarkeit privater Altersvorsorge
- Als fehlend empfundenes Reformstreben in der Politik aufgrund von:
 - Hoher Komplexität des Bereichs Altersvorsorge – System müsste aus Sicht der Befragten grundlegend reformiert werden
 - Fehlender ernsthafter Auseinandersetzung im Bereich Altersvorsorge in der Politik aus Sicht der Befragten u.a. aufgrund von fehlendem eigenem Bezug / fehlender Nähe zur Lebenswirklichkeit der Befragten

Zitate von Befragten

„Viele junge Leute, die jetzt nachwachsen [...] [bekommen in die Wiege gelegt]: „Wir kriegen das ja alles irgendwo her und irgendwo bezahlt.“ Das ist natürlich ein Schlag ins Gesicht für alle, die, die wie du noch mit über 70 zur Arbeit rennst, um dir deinen Lebensunterhalt zu sichern.“

„Fehlende Attraktivität von Familien: Da bin ich auch wieder der Meinung, einfach das Familiendasein sympathisch zu machen, weil wenn wir Nachwuchs haben, haben wir auch Leute, die später für unsere Rente arbeiten.“

„Was ich finde: dass die Rentenkassen öfter für andere Sachen geplündert werden.“

„Es viel zu kompliziert, zu komplex ist. Es gibt zwar einen Kern, aber jeder hat drum rumgebaut. Das müsste man irgendwie erstmal völlig auflösen und irgendwie neu denken, neu entwickeln oder so.“

„Ja, die [Anmerkung: gemeint sind Politiker] leben einfach auf einem Niveau, was nicht die Bevölkerung betrifft. Bei denen ist das alles safe.“

Insbesondere die Bundesregierung wird als einflussreichste Instanz gesehen, die direkten und indirekten Einfluss ausüben kann. Zudem wird auch die Eigenverantwortung jedes Einzelnen betont.

Im Bereich der Altersvorsorge sehen die Befragten unterschiedliche Verantwortungsträger, die in der Ausgestaltung eine maßgebliche Rolle spielen:

- Als wichtigster Akteur wird die Bundesregierung genannt. Diese schafft maßgeblich die gesetzliche Ausgestaltung der Altersvorsorge (v.a. gesetzliche Altersvorsorge) und hat zudem auch weiteren Einfluss auf äußere Rahmenbedingungen (familienfreundliche Politik, Steuerpolitik etc.), die die Altersvorsorge beeinflussen.
- Zudem wird von einem Teil der Befragten auf die Eigenverantwortung jeder Person zur privaten Altersvorsorge verwiesen:
 - Einerseits wirkt hier der Gedanke der Selbstwirksamkeit mit dem Grundgedanken: ‚Man kann sich selbst um die Zukunft kümmern‘
 - Andererseits erfolgt die Motivation aber auch als Kompensation für die Versäumnisse der Bundesregierungen – das Grundmotiv ist hier der Zwang, verlorenes Vertrauen eigenständig zu ersetzen.
- Ein etwas geringerer Einfluss wird zudem auch den Rentenbehörden (effiziente Information und Abwicklung von Rentenanträgen) und Wirtschaftsunternehmen (Angebot von betrieblicher Vorsorge) zugesprochen.

Zitate von Befragten

„Ja, sie sollen einen Anreiz geben, dass man privat auch aktiver wird. Das ist die Verantwortung der Regierung.“

„Also wir können gut debattieren, aber wir können nicht gut Sachen umsetzen. Wir können vor allem nicht zeitnah umsetzen. Das, was wir angehen, sind ja auch Projekte, die über verschiedene Legislaturperioden laufen in immer wieder verschiedenen Regierungen, die auch unterschiedliche Prioritäten haben, zum Teil auch von unterschiedlichen Spektren kommen. Und das macht es unheimlich schwierig, und das finde ich auch immer so schade.“

„Aber auch da sehe ich den Staat ganz klar in der Verantwortung. Er hat als Sozialstaat gestartet, der gesagt hat: ‚Pass auf, wenn du hier lebst, Sorge ich dafür, dass du was hast.‘ Und der Staat hat das einfach peu à peu ausschleichen lassen, ohne nachzubessern. Und das ist ein großer Fehler.“

„Der Staat kann gar nicht so weit in die Zukunft für uns mitarbeiten. Man muss ja schon seine eigene Verantwortung [tragen].“

„Wir begreifen langsam, dass die Politik halt nichts macht und dass wir selber halt was machen müssen.“

Den Befragten sind z.T. Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung in Bezug auf die Altersvorsorge bekannt, diese werden allerdings nicht als ausreichende Veränderungen empfunden.

Auch wenn die Bundesregierung als einflussreichster Akteur im Bereich der Altersvorsorge gilt, sehen Befragte kaum grundlegende Veränderungen/Reformen durch die aktuelle Bundesregierung.

Als grundlegendes Problem der fehlenden Reformen wird u.a. auch die kurze Legislaturperiode der Bundesregierung von vier Jahren empfunden. Diese Zeit genügt aus Sicht der Befragten nicht, um das als komplex angesehene System der Altersvorsorge grundlegend zu reformieren. Daher bemüht sich jede Regierung nur um punktuelle Anpassungen.

Im Vergleich zu den vorherigen Bundesregierungen nehmen die Befragten einen eher geringen Unterschied wahr. „Ob das eine Frau Merkel war, oder ob das jetzt Herr Scholz ist. Ich sehe da keinen großen Unterschied, dass sich in irgendeiner Form für einen Rentner in Deutschland was gebessert hätte.“

Teils werden Versäumnisse vergangener SPD-Regierungen auf die aktuelle Bundesregierung übertragen und scheinen die aktuellen Maßnahmen etwas zu überschatten:

„Die haben ja jetzt quasi die Grundrente eingeführt und haben die Erwerbsminderungsrente hochgezogen vor ein paar Jahren. Aber die waren eben auch dafür zuständig in der Schröder-Ära, dass es dann quasi jetzt nur noch 48 % gibt für die Leute.“

Wahrgenommene Maßnahmen, die mit der aktuellen Bundesregierung in Verbindung gebracht werden (Hinweis: Häufigste Nennungen innerhalb der Gruppendiskussionen):

- Allgemeine reguläre Rentenerhöhung
„In den letzten Jahren gab es schon 4 oder 5% mehr. Ganz ok, aber auch weniger als die Inflation.“
- Einführung der Grundrente
- Wegfall der Hinzuverdienstgrenze
„Man kann jetzt steuerfrei richtig viel dazu verdienen, Natürlich schade, dass einige während der Rente arbeiten MÜSSEN.“
- Erhöhung der Erwerbsminderungsrente

Zitate von Befragten

„Ich finde es schade, dass jede Bundesregierung immer sagt: ‚Ja, die Rente ist sicher.‘ Obwohl wir heute schon Leute sehen, die hart arbeiten und Pfandflaschen sammeln. Also, die Rente reicht heute nicht und die wird morgen auf keinen Fall reichen.“

„Der Bundeskanzler stellt sich noch rotzfrech vor die Kamera und sagt zu diesem Menschen, der das gefragt hat: ‚Ja, rechnen Sie mal die 3.000 € mal die Rentner, die wir im Land haben, und dann setzen Sie sich mal hin und überlegen mal!‘“

„Die Verfehlung sind von den letzten Regierungen immer mehr geworden, also da kamen immer mehr dazu. Also da hat jeder seinen Baustein. Und alle reden: ‚Wir müssen die Rente reformieren.‘ Aber es passiert nie irgendwas, weil sich niemand an dieses Thema rantraut.“

„Ich habe schon häufig im Bundestag gehört, auch in Debatten, wo dann welche von den Linken oder den Grünen sagen: ‚Wir sollten auch direkt in das Rentensystem einzahlen.‘ Aber letztendlich, sag ich mal, die wollen es ja selber nicht.“

„Also ich denke, wenn man sich die Projekte anschaut, dann merkt man schon, dass da was passiert ist, aber das ist nicht das, was am Ende versprochen wurde. Ich glaube, das frustriert die Menschen, und das frustriert die Menschen so sehr, dass sie die Wahrnehmung haben, es passiert nichts.“

Reformbedarf sehen Befragte vor allem in der Modernisierung des gesamten Rentensystems mit Schwerpunkt: finanzielle Absicherung im Alter, aber auch Steigerung der Aufklärung

Befragte äußern folgende Wünsche zur Optimierung des Bereiches Altersvorsorge:

- Modernisierung des Rentensystems
 - Höheres Rentenniveau der gesetzlichen Rente, um das Leben im Alter würdevoll ausgestalten zu können (Europäischer Durchschnitt als Mindestanforderung / Höheres Niveau als Bürgergeldempfänger)
 - Bedingungslose Grundrente mit Inflationsausgleich über die Jahre [J]
 - Zentralisierung der Rentenbehörden: Implementierung einer Renten-/Pensionskasse, in die alle (Angestellte, Beamte etc.) einzahlen
 - Staffelung der Rentenerhöhung nach Einkommen bzw. sozialgerechte Ausgestaltung
 - Gesetzliche Aktienrente (ACHTUNG: polarisiert stark)
 - Absenkung bzw. Deckelung des Rentenalters (keine weitere Erhöhung)
 - Pflicht zur betrieblichen Rente in Unternehmen
 - Geringere Versteuerung der gesetzlichen /privaten Rente, sowie des Hinzuverdienstes
- Weitere Angleichung des Rentenniveaus Ost/West
- Förderung der privaten Altersvorsorge u.a. Erhöhung des Sparerpauschbetrages
- Steigerung der Aufklärung zur Altersvorsorge (gesetzlich wie privat) bereits im Jugendalter sowie kontinuierlich im Erwachsenenalter u.a. auch proaktive Ansprache bzgl. möglicher Leistungen, Zusatzansprüche
- Möglichkeiten der allgemeinen Steuerersparnis: Steuervorteile für v.a. Personen mit niedrigem Einkommen

Zitate von Befragten

„Dass für die Arbeitsleistung nach 45 Jahren eine Rente da ist, von der man leben kann.“

„Ich wünsche mir, dass das Geld, was man dazu verdient, nicht versteuert wird.“

„Ich würde mir wünschen, von der Regierung, dass sie zumindest das private Vorsorgen irgendwie begünstigen oder bezuschussen oder zumindest einen Teil steuerfrei machen.“

„Ich finde das gut, dass sie den Sparerpauschbetrag erhöht haben, sollte meiner Meinung nach noch deutlich angehoben werden, so vor allem jetzt mit dem Hintergrund, dass man wahrscheinlich vom Staat nichts bekommt, um zu überleben.“

„Am Ende sollte jeder wirklich dieselbe Rente kriegen. Durchschnittlich 2.500 € wäre machbar, wenn die Politiker alle mal einzahlen würden.“

„Ich finde, dass es eine aktiengestaltete Rente geben soll, ähnlich wie in Norwegen“ **vs.** „Wenn unsere zukünftige Rente in Aktien geht, sind sie noch unsicherer.“

„Was ich besser finden würde: Wenn wirklich jeder, von der kleinen Putzfrau bis hoch zum höchsten Rang-Politiker – Jeder muss in diese Kasse einzahlen!“

„Für mich als jungen Menschen finde ich es auch sehr schwierig, durchzublicken über das ganze Thema und überhaupt eine Grundahnung davon zu bekommen.“

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Der Bereich Bildung gilt als komplex durch die unterschiedlichen Facetten innerhalb des Bereiches und die große Heterogenität zwischen den Bundesländern. Die Betroffenheit ist direkt oder indirekt gegeben, da Bildung als Grundpfeiler der Gesellschaft angesehen wird.

Ein Großteil der Befragten hat Berührungspunkte zum Bereich Bildung durch eigene Betroffenheit (v.a. Jüngere), Erfahrungen als Eltern (durch die eigenen Kinder) oder Erfahrungen im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis.

Bildung gilt als stark ausdifferenzierter Bereich je nach Bildungsbereich und vor allem je Bundesland – teils werden somit in einem Bundesland Aspekte bemängelt, die in anderen Bundesländern anders ausgestaltet sind. Die unterschiedliche Ausgestaltung je nach Bundesland und der jeweiligen Landesregierung ist den Befragten bewusst und wird stark kritisiert. Chancengleichheit wird somit aus Sicht der Befragten verringert.

Weitere Themen und Aspekte, die den Bereich Bildung prägen, sind:

- Frühkindliche Bildung/Erziehung: Kita-Plätze und Erzieher:innen (v.a. Verfügbarkeit)
- Staatliches Schulsystem: Vereinheitlichung, Modernisierung, Lehrkräftemangel
- Ausbildung und Studium: Rahmenbedingungen (u.a. Zugangsvoraussetzungen und Finanzierung)

Das politische Handlungsfeld Bildung steht im Zusammenhang mit weiteren politischen Feldern oder vergangenen politischen Maßnahmen, deren Auswirkungen weiterhin spürbar sind:

- Politische Entscheidungen während der Covid-19 Pandemie: Schulschließungen und Homeschooling, deren (negative) Auswirkungen noch immer wahrgenommen werden
- Fachkräftemangel: Gute Bildung aller als Grundvoraussetzung für qualifizierte Fachkräfte
- Migration: Bessere Inklusion von geflüchteten Personen in Schulen und Arbeitswelt, zusätzliche Inklusionsfachkräfte und Sprachförderung zur Entlastung von Lehrkräften zum Erhalt eines hohen Lernniveaus in den Schulen

Zitate von Befragten

„Also, wenn ich jetzt gucke, wo ich meinen Sohn in die Schule gebracht habe und heute meinen Enkel, hat es sich verschlechtert.“

„Bildung ist jetzt natürlich nicht mehr so [wichtig], weil Kinder halt aus dem Haus. Ich arbeite in der Kita, ich kriege das da natürlich noch ein bisschen mit.“

„Bildung betrifft mich natürlich jetzt nicht. Aber grundsätzlich ist es schon wichtig, weil, wie er grade gesagt hat, brauchen wir gute Fachkräfte und die müssen gebildet sein, weil nur, wenn wir gute Fachkräfte haben, dann sind wir auch irgendwo weltweit wahrscheinlich gut.“

„Und ich fühle mich genug vom Staat unterstützt, was Bildung angeht. Da habe ich nichts auszusetzen.“

„Also, in erster Linie auch Bildung halt, wegen meiner Tochter. Nicht wegen mir selber, sondern weil die zur Schule geht.“

„Das Niveau wird teilweise immer schlimmer, die Rahmenbedingungen werden schlimmer. Und das kostet Geld. Da muss man Geld reinbuttern ohne Ende, weil Bildung ist eine Investition. Da gibt es eine Rendite. Das heißt: Jeden Euro, den ich reinstecke, kriege ich mehrfach zurück oder habe später keine zusätzlichen Kosten durch ungewollte Arbeitslosigkeit, wegen fehlender Qualifikation, und, und, und.“

Generell sind die Befragten mit den grundlegenden Pfeilern des Bildungssystems zufrieden: Das Recht auf Bildung und die hohe Vielfalt zur Weiterentwicklung wird geschätzt.

Insgesamt werden positive Aspekte weitaus weniger häufig genannt. Hierzu zählen:

- Gute Weiterentwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen allgemein
- Qualitativ hohe Ausbildung in Schule und Berufsausbildung (auch im internationalen Vergleich)
- Duales Bildungssystem mit zahlreichen Möglichkeiten der persönlichen Zielerreichung u.a. durch zweiten, dritten Bildungsweg

Schulische Bildung:

- Recht auf Bildung für alle v.a. Schulpflicht, frühe Sprachförderung in der Schule
- Kostenfreie allgemeine Schulbildung (außer Schulmaterialien)
- Teilhabepakt für Familien mit geringem Einkommen zur besseren Teilhabe an Schulaktivitäten
- Einsatz von Sozialarbeiter:innen in Schulen
- Möglichkeit der Durchführung von Schulausflügen, Klassenfahrten, Schüler:innenaustausch, Exchange Year

Berufliche Bildung:

- Hohe Bandbreite von Ausbildungs-/Studienmöglichkeiten
- Gute Ausstattung an Hochschulen v.a. im Bereich der technischen Ausstattung
- Vielfältige Förderungen von Studierenden u.a. Auslandsprogramme
- Niedrige Studiengebühren im globalen Vergleich
- Finanzielle Unterstützung der Berufsausbildung z.B. BAföG, Arbeitsentgelt während der Ausbildung in Sachsen
- Gute Weiterbildungsmöglichkeiten – teils auch kostenlos und umfangreiches Angebot

Zitate von Befragten

„Na, überhaupt haben die Kinder, glaube ich, heute eine ziemlich große Bandbreite, wie sie sich weiterentwickeln können.“

„Ich muss nicht wirklich bezahlen, wenn ich mein Kind auf eine Schule schicken will.“

„Ich finde es gut, dass wir eine Schulpflicht haben.“

„Wenn man jetzt nach der Schulzeit in die Ausbildung geht, duale Ausbildung, dass man da Geld kriegt in der Ausbildung.“

„Teilhabepaket: Familien mit geringen finanziellen Mitteln können Angebote der Schule wahrnehmen.“

„Auch wenn es jetzt nicht großartig genutzt wird in den Schulen, aber ich finde es gut, dass es immer Sozialarbeiter in den Schulen gibt, wo auch Kinder mit Problemen hingehen können, zum Beispiel wenn sie mit ihren Eltern nicht drüber reden können.“

„Also, an vielen Hochschulen, höre ich, herrscht ein relativ hohes und auch ein relativ gutes Niveau. Und auch die technische Ausstattung zum Beispiel an vielen Hochschulen ist auch sehr, sehr gut.“

„Es gibt viele Programme für Studierende, auch EU-weit, die man in Anspruch nehmen kann, die zum Teil kostenlos sind, bis auf geringere Selbstzahlerdinge.“

Negative Aspekte sind zahlreich und unterteilen sich in die Bereiche frühkindliche Bildung, schulische Bildung und berufliche Ausbildung. Fehlender Zugang, Einheitlichkeit und Modernisierung dominieren.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

Frühkindliche Bildung:

- Fehlende Kita-Plätze allgemein, zudem schwierige Finanzierbarkeit und zu geringe Mitsprache bei der Standortauswahl der Kita
- Zu niedriger und uneinheitlicher Personalschlüssel bei Erzieher:innen im Kindergarten – Eltern vergleichen hier teils zwischen den Bundesländern z.B. Sachsen: 1:12; Baden-Württemberg 1:7,5.

Schulische Bildung:

- Fehlende Einheitlichkeit des Schulsystems (unterschiedliche Lehrpläne, unterschiedliche Schulmaterialien)
→ Daraus resultierend: Unterschiedliche Bildungsniveaus zwischen den Bundesländern, fehlende Vergleichbarkeit der Abschlüsse
- Fehlende Modernisierung des Schulsystems u.a.:
 - Fehlende Praxisnähe/Alltagsnähe des Unterrichts u.a. fächerübergreifender Unterricht, um Zusammenhänge zwischen einzelnen Gebieten zu erfahren
 - Verfehlte Digitalisierung des Bildungssystems – Uneinheitliche und wenig ausgesteuerte Digitalisierung der Schulen
 - Hoher Sanierungsbedarf von Schulgebäuden v.a. auf dem Land
 - Wertevermittlung in staatlichen Schulen z.B. Fehlende Förderung sozialen Zusammenhalts
 - Fehlende Motivation/Erreichbarkeit aller: Zu hohe Quote von Personen ohne Schulabschluss

Zitate von Befragten

„Das fängt schon im Kindergarten an. Und da sind zum Beispiel auch viel zu wenig Erzieher, viel zu viele Kinder für die Erzieher. Meine Tochter hat neulich die Erzieherinnen komplett ersetzt. Die ist krank in den Kindergarten gegangen, weil sie gesagt hat: ‚Ich muss, sonst haben die Kinder keine Betreuung.‘“

„Ich kenne zum Beispiel eine 24-Jährige mit einem 4-jährigen Sohn. Und der kann einfach nicht in die Kita gehen, weil es erstens keine Plätze gibt und zweitens das unbezahlbar ist.“

„Es ist absolut schwachsinnig, dass es im Bildungsbereich Föderalismus gibt, ehrlich gesagt.“

„Politische Bildung auch gleich null, also ich weiß nicht, was denen in den Schulen vermittelt wird.“

„Auch an Materialien. Was man, was man braucht. Also, insgesamt. Das ist teilweise sehr, sehr veraltet. Und da fehlt es wirklich halt auch an Geld, dass da neue Bücher kommen.“

„Wir haben zwar teilweise auch gute Schulgebäude, aber wir haben wirklich auf dem Land auch noch Gebäude, wo du sagen kannst, das fällt gleich zusammen.“

„Es gibt 50.000 Kinder, die keinen Schulabschluss haben. Das ist eine Hausnummer, und das kommt irgendwoher.“

Neben der fehlenden Modernisierung des Schulsystems in diversen Aspekten werden auch die finanzielle Belastung und die Lerndefizite aufgrund der pandemischen Maßnahmen bemängelt.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

Schulische Bildung:

- Fehlende Modernisierung des Schulsystems u.a.:
 - Wenig faktenbasierte Diskussion um Veränderung/Streichung von Unterrichtsfächern z.B. Diskussion über Abschaffung von Geschichtsunterricht in Thüringen
 - Zu frühe Entscheidung über weiterführende Schulen und fehlende Steuerung/Kompetenzorientierung bei der Entscheidung: Freier Zugang zum Gymnasium ohne Steuerung durch Notendurchschnitt o.ä. kritisch gesehen – zu emotionale Entscheidung für Eltern allein, nicht jeder Beruf setzt Abitur voraus [teils]
 - Verfehlte Inklusionsstrategie in Schulen durch u.a. fehlende Vorbereitung der Lehrkräfte, empfundenes allgemeines Absinken des Bildungsniveaus [teils]
- Fehlend empfundene finanzielle Unterstützung für:
 - Finanzierung der Schulmaterialien: Zu starke individuelle Finanzierung von Schulmaterialien von Seiten der Eltern wie auch der Lehrkräfte (z.B. Bezahlen von Kopien für die Schüler:innen aus eigener Tasche durch begrenztes Kopierkontingent der Lehrkräfte)
 - Schulische/außerschulische Aktivitäten u.a. Schwimmkurs
- Große Lerndefizite durch Schulschließungen während der Covid-19-Pandemie: Empfundene Fehlentscheidungen aus der Politik zu Lasten der Schüler:innen
- Hohe Anzahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

Zitate von Befragten

„Und dann hier unser Freund, Herr Holter, den wir alle lieben in Thüringen: ‚Geschichte brauchen wir nicht mehr. Sind ja nur Fakten. Interessiert niemanden mehr. Den Unterricht schaffen wir ab.‘ Nein! Wir können nicht einfach irgendwelche Fächer streichen und dann sagen, Bildung ist wichtig in Deutschland.“

„Es sind viele Kinder abgesackt von den schulischen Leistungen. Es gibt zwar Klassen, die zurückgestuft werden konnten, also Schüler. Aber es sind viele auf der Strecke geblieben. Das war ein riesengroßer Fehler, wirklich teilweise ein ganzes Jahr die Schulen dicht zu machen.“

„Chronische Unterfinanzierung. Grade jetzt ist wieder das Thema, was wir nicht wieder aufgreifen wollen, aber Integration. Teilweise sind es Klassen, wo kaum einer Deutsch spricht, die Schulen übernehmen Aufgaben, die, ja, einmal das Elternhaus, die Erziehung der Eltern, Sprachintegration, Sozialarbeit. Alles muss die Schule leisten. Einschließlich IT-Support, Verwaltungsaufgaben. Das machen alles Lehrer.“

Zudem wird in der schulischen Bildung der Fachkräftemangel kritisiert. Innerhalb der beruflichen Ausbildung fehlt es an finanzieller Unterstützung und Vereinheitlichung von Anforderungen.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

Schulische Bildung:

- Hoher Lehrkräftemangel in Schulen und somit fehlende Bildung der Schüler:innen, Ursachen und Maßnahmen zur Behebung stehen in der Kritik
 - Wenig attraktiver Beruf: Versäumnisse, den Beruf als Lehrkraft interessanter zu machen, u.a. fehlende Reform des Lehramtstudiums (Praxisnähe) mit Folge des Realitätsschockes während des Referendariats, wenig attraktive Rahmenbedingungen (hohe Arbeitslast, Verantwortung)
 - Falsch empfundene Verteilung von Lehrkräften [teils]
 - Abwerben von Lehrkräften zwischen den Bundesländern [teils]
- Starke Ungleichbehandlung der Schüler:innen in der Schule u.a. aufgrund der Herkunft [selten]

Berufliche Bildung: Ausbildung/Studium/Weiterbildungen:

- Fehlende Förderung der Ausbildung v.a. finanzielle Unterstützung während der Ausbildungszeit, u.a. durch:
 - Zu hohe Zugangsbarrieren zu BAföG, auch bei Einkommen im Niedriglohnsektor, hoher bürokratischer Aufwand
 - Fehlende Transparenz zu möglicher finanzieller Unterstützung, z.B. elternunabhängiges BAföG
- Fehlende Vereinheitlichung der Ausbildungskriterien – Anforderungen an Auszubildende variieren je nach Bundesland, teils zu hohe Anforderungen (z.B. Medizinstudium)

Zitate von Befragten

„Es können keine Noten verteilt werden, weil die Lehrer fehlen. Zwei Fächer gab es das ganze Schuljahr nicht. Da gab es gar keine Noten.“

„Und dann klauen sich die Länder untereinander noch die Lehrer.“

„In Deutschland verlieren wir sehr, sehr viele Lehrer nach der Ausbildung, durch diesen Praxisschock.“

„Auch die Differenzierung zwischen deutschen Schülern und ausländischen Schülern, ist immer noch sehr stark in meinen Augen.“

„Ich habe einen Bekannten, der arbeitet sechs Stunden im Niedriglohnsektor und seine Frau arbeitet im ganz normalen Bürojob. Die kriegen kein Bafög. Das kann doch nicht sein!“

„Das ist elternunabhängiges BAföG, das erzählt einem auch niemand. Das muss man wirklich googlen.“

„Meine Große macht eine Ausbildung als Erzieherin. Wird bekanntermaßen ja nicht gefördert, in Thüringen, dieser Beruf, sprich, fünf Jahre Ausbildung ohne Geld.“

„Es kann nicht sein, dass meine Tochter sich bei der Polizei in Thüringen bewirbt, mit 1,58 m abgelehnt wird. In Bayern spielt das keine Rolle. Da kann sie 1,55 sein.“

Zitate von Befragten zu Einflüssen auf das aktuelle Bildungssystem:

Zitate von Befragten

„Also ich finde es nicht so, als wäre Schule prinzipiell schlimmer geworden, aber es hat sich halt absolut nicht entwickelt, weshalb es absolut schlimm ist.“

„Es fehlt meiner Meinung nach an klaren Fakten und Visionen. Was wollen wir eigentlich noch in der Bildung? Was genau sollen denn die Kinder lernen? Wir haben es irgendwie verlernt, klare Definitionen zu treffen.“

„Und dann, dass von der Politik nicht wirklich was kommt, damit das erneuert wird. Man hat das Gefühl: ‚So ist es schon gut, wie wir es haben. Ist doch okay.‘“

„Die resultiert daraus, dass Politik in Wahlperioden denkt, Schule aber mindestens in vier Wahlperioden stattfindet, ehe da mal eine entscheidende Änderung zu sehen ist. Das heißt, das System wurde ja alleine in Thüringen ungefähr vier Mal komplett umgekrempelt. Die Zeit war da viel zu kurz, um irgendwas zu evaluieren.“

„Das Parteidendenken [ist] viel zu straff [...] Das war die kluge Idee des politischen Gegners, also muss sie schlecht gewesen sein! Das ist einfach nervig. Und ich gehöre keiner Partei an. Mir ist es eigentlich scheißegal, wer die kluge Idee hat, Hauptsache, das zieht mal einer durch.“

„Also, ich denke, das Hauptproblem sind die Länder. Weil die Länder denken, sie müssen ja in einem Punkt einfach auch mal über alles entscheiden können. Und da spielt der Bund ja gar keine Rolle. Und wenn man den Ländern da was wegnehmen will, dann sagen die Länder: ‚Das machen wir nicht mit.‘“

„Auch Geld dafür, überhaupt für die Instandhaltung von den Schulen. Das sehe ich, bei meinem Kind haben sie einen Riss im Boden mit Klebeband abgeklebt, weil sie kein Geld für die Reparatur haben.“

„Die Ausstattung fehlt halt auch. Also wenn man da guckt, die eine Schule, die hat das System, die anderen liefern das, die Nächsten, die haben schon WLAN, die Übernächsten haben schon Tablets. Also das ist irgendwie gar kein einheitlicher Standard.“

„Warum will keiner Lehrer werden? Du hast ja keine Entwicklungsperspektive. So wie du einsteigst, gehst du auch irgendwann in Pension. Das ist doch furchtbar! Also wer will denn das heute noch, wenn du keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten hast?!“

„Die Lehrer, denen wird es einfach hingeschmissen: ‚Du lernst jetzt mit Kindern von 20 Nationen!‘ Da sind noch zwei mit Förderbedarf dabei und so weiter. Die Lehrer sind darauf nicht vorbereitet. Denen wird einfach nur gesagt: ‚Du machst das jetzt! Fertig.‘“

„Ich glaube auch, die Wertbegriffe haben sich verändert. Man achtet heute viele Sachen nicht mehr, man sieht sich als Mittelpunkt der Welt. Und nur das, was ich mache und was ich will ist wichtig.“

„Also die [Jugendlichen] sind auf der einen Seite verwöhnt und auf der anderen Seite auch verwahrlost.“

„Die wurde immer mehr seit den 90er Jahren gekürzt und es wird nichts mehr investiert. Und dabei müssten wir eigentlich investieren in die Jugend.“

„Denen ist halt die Work-Life-Balance sehr wichtig. Aber das kann man ja auch verstehen, weil wenn die Eltern jetzt nur Pflegekräfte sind und kriegen mit, wie es da abgeht, da würde ich auch sagen: ‚Ich kriege es nicht bezahlt. Ich reiße mir wirklich den Arsch auf und habe nichts davon.‘ Dann kann ich auch verstehen, dass die sagen: ‚Nein, mit mir nicht! Ich bin doch nicht bescheuert!‘“

Beschriebene Ursachen und Einflüsse beziehen sich vor allem auf die Politik als Verantwortungsträger und Steuerungsinstanz. Der gesellschaftliche Wandel gilt als zusätzlicher Faktor.

Die wahrgenommenen Ursachen für die aktuelle Lage des Bildungssektors sind vielfältig. Nicht alle wahrgenommenen Ursachen halten einem Faktencheck oder einer differenzierten Ursache-Wirkungsprüfung stand. Nichtsdestotrotz bestimmen sie das Denken und Handeln der Befragten.

Zu den wahrgenommenen Ursachen zählen:

- Fehlende einheitliche Standards innerhalb der Schulen u.a. im Hinblick auf die Ausstattung der Schulen
- Fehlende Weiterentwicklung des Schulsystems allgemein aufgrund von:
 - Föderalismus als Barriere der Weiterentwicklung: Wahrgenommene Rivalität zwischen Bundesregierung und Landesregierung, Ausgestaltung durch die jeweilige Landesregierung
 - Fehlender Entwicklungswille aus der Politik: Fehlende Kompetenz und empfundene Ziellosigkeit zur Weiterentwicklung des schulischen Bildungssystems u.a. auch fehlender Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des Schulsystems
 - Fehlende Investitionen ins Bildungssystem u.a. Instandhaltung/Modernisierung von Schulen
 - Fehlende Innovationen des Schulunterrichts u.a. aufgrund der Überalterung der Lehrkräfte, fehlende Anpassung der Lehrpläne an die aktuelle Zeit
- Lehrkräftemangel aufgrund
 - Fehlender Unterstützung der Lehrkräfte: Mehrbelastung der Lehrkräfte durch zusätzliche Erziehungsfunktion, Sprachweiterbildung, Integration und Inklusion
 - Fehlender Weiterbildungsperspektiven von Lehrkräften
 - Empfundener Fehlplanung beim Einsatz der Lehrkräfte: Einsatz teils zeitlich begrenzt auf unterschiedliche Regionen, teils keine offenen Stellen in der Region, in der Lehrkräfte verwurzelt sind
- Allgemeiner Wertewandel in der Gesellschaft: Zu starker Fokus auf individuelle Bedürfnisse (fehlendes Miteinander), fehlende Eigenverantwortung bereits in der Jugendzeit, gefühlte Abnahme von Werten wie z.B. Respekt, stärkere Heterogenität der Schüler:innen aufgrund von Migration
- Generationswandel im Hinblick auf Arbeitsmoral, Work-Life-Balance, Gehaltsvorstellungen

Befragten ist die Verantwortungshoheit von Landesregierung und Bundesregierung bewusst, dennoch wird mehr Verantwortungsübernahme durch die Bundesregierung eingefordert.

Im Bereich der Bildung sehen die Befragten unterschiedliche Verantwortungsträger, die in der Ausgestaltung eine maßgebliche Rolle spielen:

- Landesregierung als hauptverantwortliche Instanz: Verantwortung für die Steuerung und konkrete Ausgestaltung der Bildungspolitik (u.a. Verantwortung für Ausbildung, Anstellung der Lehrkräfte, Lehrpläne etc.). Die hohe Heterogenität in der Ausgestaltung durch starke Prägung je nach der jeweiligen Einstellung der Landesregierung wird von Befragten deutlich kritisiert.
- Bundesregierung als grundlegende Instanz, die durch die Finanzierung als rahmengebend wahrgenommen wird: Die Gelder von der Bundesregierung für die Bildungspolitik in den Ländern setzen die Standards innerhalb der Bildungseinrichtungen. Trotz der Kenntnis über die Verantwortung der Länder schreiben Befragte der Bundesregierung eine Verantwortung im Sinne von weiterer, länderübergreifender, konkreterer Steuerung der Bildungspolitik zu, die sie in diesem Umfang aktuell nicht einnimmt bzw. einnehmen kann.

Zudem werden weitere Akteure genannt, die Einfluss auf die Ausgestaltung von Bildung haben:

- Schulen und Lehrkräfte: Verhältnisse/Ausstattung und Qualität des Unterrichts je nach Engagement und Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte
- Schulbehörden: Fehlende Autonomie der Schulen selbst zur Organisation und Gestaltung, zu hohe bürokratische Hürden (z.B. Anträge zur Digitalisierung der Schulen)
- Gesellschaft u.a. Eltern: Tendenziell wenig Einfluss auf die allgemeine Ausgestaltung der Bildung in Schulen und v.a. Ausbildung der Kinder; zugleich: zu hohe Leistungsansprüche an die Kinder – z.B. Erwerb des Abiturs als Muss und zu hohe Verantwortungsdiffusion an Erzieher:innen und Lehrkräfte (u.a. wird Erziehungsverantwortung an Kitas und Schulen übertragen)

Zitate von Befragten

„Das ist eine Frage der Verantwortung. Das wird immer abgeschoben. Die einen sagen, die Eltern sind schuld. Die anderen sagen was anderes. Dann die Politik. Ich sage, die Verantwortung liegt bei einem selber, sonst ändert sich nie was.“

„Die Bundesregierung kann ja gar nichts machen, weil wir einen Föderalismus haben. Das ist ja Ländersache.“

„Es ist aber auch eine Frage, welche Regierung da ist. Also in einem anderen Bundesland sieht es vielleicht ganz anders aus.“

„Die Politik wird oft vom Landtag gemacht. Wir müssen die Bildung ändern. Ja, wir ändern das. Und dann ziehen die das System einfach mal auf links und das wird dann dadurch nur noch schlechter. Und dann kommt die nächste Regierung und zieht das wieder zurück. Und dieses Hin und Her, nur um Politik zu machen, das finde ich wirklich schwierig, weil die Bildung ist von der Politik, sage ich mal, ein Spielball.“

„Ich denke, das muss auch von Seiten der Schulen kommen. Ich kenne Schulen, die sehr viel Druck auf die Politik ausüben, die sehr nach außen gehen und versuchen, die Politik einzubeziehen. Meistens ist das schon irgendwie auch von Erfolg gekrönt.“

„Die Schule ist generell aus der Zeit gefallen. Das ist noch die Schule vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Man bräuchte viel mehr Schulautonomie.“

Zitate von Befragten zur Position der Bundesregierung im Bereich der Bildung:

Zitate von Befragten

„Also die Bundesregierung hat meiner Meinung nach im Bereich Bildung oft diesen Duktus: ‚Ich kann mich freikaufen. Ich mache irgendein Bildungspaket oder so was. Dass es dann am Ende keiner abrauft, das ist noch vorteilhaft für den Finanzminister. Und damit bin ich raus aus der Sache. Hauptsache, ich habe viel Geld gegeben.“

„Ich sage mal so: Die Bundesregierung hat ja alles an die Landesregierungen abgegeben. Deshalb hat die Bundesregierung völlig den Überblick verloren.“

„Die FDP hat sich das ja groß auf die Fahnen geschrieben, dass denen Chancengleichheit wichtig ist. Aber so in der Praxis gesehen habe ich das jetzt nicht, oder mitbekommen zumindest nicht sehr viel.“

„Also, tendenziell macht es die jetzige [Bundesregierung], glaube ich, gefühlt ein bisschen besser als die letzten drei Legislaturperioden. Aber es wird sich halt immer noch nicht genug gekümmert.“

„Also ich bin der Meinung, die Bundesregierung, die wir jetzt haben, versucht es zwar, mehr zu machen, aber irgendwie vermittelt die das nicht.“

„Ich denke, das liegt einfach daran, weil viele sich einfach eine starke Führung wünschen würden, die wirklich mal auf den Tisch haut und sagt: ‚Passt mal auf, liebe Ministerpräsidenten, es kann einfach nicht mehr sein, dass wir im 21. Jahrhundert 16 verschiedene Meinungen an diesem Tisch haben und jeder glaubt, er kann in seiner Wahlperiode sein eigenes Süppchen kochen.“

„Vor, 20, 30 Jahren war das noch anders. Da habe ich noch Politik wahrgenommen und da hat man auch noch einen Bildungsminister wahrgenommen. Und auch Maßnahmen in der Richtung wahrgenommen. Aber heute nimmt man ja nur noch wahr, in der Politik: Jeder versucht ja nur sich irgendwie gut darzustellen. Es geht nicht mehr um die Sache, sondern es geht nur noch um die Darstellung.“

„Die wurde immer mehr seit den 90er Jahren gekürzt und es wird nichts mehr investiert. Und dabei müssten wir eigentlich investieren in die Jugend.“

„Das wurde von der Bundesebene auf die Länderebene übertragen, und die Länder müssen jetzt entscheiden, wie sie [mit der Streichung der Sprachförderkräfte] umgehen. Sachsen hat entschieden, der Schlüssel ist gut genug, und deshalb haben es die Erzieher gleichzeitig mitzurealisieren.“

„Zum Beispiel inklusive Schulen. Die Kinder lernen gemeinsam, also Kinder mit Beeinträchtigung lernen mit anderen Kindern gemeinsam. Das ist so von der SPD. Aber dazu brauche ich eine bestimmte Lehrerausbildung. Die ist überhaupt nicht da.“

„Also die haben ein Digitalisierungspaket (sic!) gemacht, wo in den letzten Jahren schon bisschen was passiert ist. Die haben sich darum gekümmert, dass es Ganztagschulen gibt. Da ist in den letzten Jahren viel passiert. Aber es gibt noch viele offene Baustellen.“

Die aktuelle Bundesregierung strebt kleine Verbesserungen an, die jedoch aus Befragtensicht noch als zu wenig umfassend wahrgenommen werden und wenig präsent sind.

Den Befragten ist bewusst, dass Bildungspolitik aufgrund des Föderalismus Angelegenheit der Bundesländer ist. Dennoch wünschen Sie sich eine stärkere Rolle der Bundesregierung, um das Bildungssystem weiterzuentwickeln und vor allem zu vereinheitlichen und somit für mehr Chancengleichheit zwischen den Bundesländern zu sorgen. Nach Meinung der Befragten fehlt es an ernsthaftem Reformwillen für eine generelle Weiterentwicklung und Modernisierung des Bildungssystems nach wissenschaftlichen Standards. Im Vergleich zu den vorherigen Bundesregierungen werden kleinere Reformbemühungen/Maßnahmen von einem Teil der Befragten bemerkt, diese gelten allerdings als zu wenig, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen und als zu wenig präsent im Alltag. Zudem nehmen Befragte oft eine Verantwortungsdiffusion aufgrund des Föderalismus wahr: Die Bundesregierung verlagere die strategische Weiterentwicklung auf die Bundesländer und agiere lediglich als Geldgeber. Vereinzelt wird die mangelnde Bekanntheit der Bundesministerin für Bildung und Forschung bemängelt.

Wahrgenommene Maßnahmen, die mit der aktuellen Bundesregierung in Verbindung gebracht werden (*Hinweis: Häufigste Nennungen innerhalb der Gruppendiskussionen*):

- Digitalisierungspaket: Allgemein sehr positiver Wandel ins Digitale, allerdings aus Sicht der Befragten wenig positive Umsetzung, u.a. zu hohe bürokratische Anforderungen für Schulen und dadurch weitere Mehrbelastung für Lehrkräfte
- Förderung von Ganztagschulen: Positiv empfunden, dass mehr Ganztagschulen entstehen
- Streichen von Sprachförderkräften in Kitas und Schulen: Wenig positiv wahrgenommene Veränderung, denn Befragte haben das Gefühl, dass tendenziell mehr Sprachförderkräfte eingesetzt werden sollten, insbesondere vor dem Hintergrund des zunehmenden Migrationsanteils in Schulen
- Stärkere Inklusion in Schulen: Kenntnis der Lehrkräfte im Bereich der Inklusion als zu gering empfunden und somit Gefühl der Überforderung von Schüler:innen und Lehrkräften
- Generalisierung der Ausbildung in Pflegeberufen: Zu generische Ausbildung, die nach Empfinden der Befragten den letztlich spezialisierten Einsatzgebieten nicht gerecht wird

Es werden vier grundlegende Optimierungsansätze genannt: Vereinheitlichung, Modernisierung, Förderung der Bildungsinstanzen und Beseitigung des Fachkräftemangels in der Bildung

Befragte äußern folgende Wünsche zur Optimierung des Bildungsbereiches:

- Vereinheitlichung des Bildungssystems von Kita bis zum Studium ggf. durch Abschaffung des Föderalismus im Bereich Bildung oder Schaffen bundesweiter Rahmenbedingungen (u.a. gleiche Betreuungsschlüssel, gleiche Lehrpläne, gleiche Anstellung der Lehrkräfte, gleiche Zugangsvoraussetzungen zu Ausbildung/Studium)
- Weiterentwicklung des Bildungssystems u.a. durch eine stärkere Zusammenarbeit der Länder und der Bundesregierung im Bereich Bildung, Evaluation von guten Konzepten z.B. auch aus anderen Ländern
- Allgemeine Modernisierung von Schule:
 - Neubau von Schulen
 - Sanierung alter Gebäude sowohl in Klassenzimmern wie auch im Sanitärbereich
 - Modernisierung der Lehrpläne und der Lehrmethoden u.a. durch grundlegende Bildung in allen Bereichen, Steigerung von Praxishilfe/Alltagsbezug und Fördern von Bereichen wie Gesundheit (z.B. durch Sport zur Gesundheitsvorsorge ohne Benotung) und Kreativität
 - Einführung von Schuluniformen [selten]
- Behebung des Fachkräftemangels durch Steigerung der Attraktivität der Erzieher:innen-/Lehrberufe (z.B. durch geringere Arbeitsstunden, bessere/praxisnähere Ausbildung, finanzielle Förderung der Ausbildung)
- Vergünstigung bzw. finanzielle Unterstützung im Bereich der Bildung (kostenlose Kita, kostenlose Schulmaterialien z.B. Schulbücher, kostenlose Angebote nach der Schule z.B. Nachhilfe, kostenloses Studium, Verbesserter Zugang zu BAföG und Erhöhung der BAföG-Sätze)

Zitate von Befragten

„Ich würde mir wünschen: Ein einheitliches Bildungssystem und die Möglichkeit für alle, die gleiche Ausbildung zu bekommen.“

„Die Bundesministerin, die müssten mit dem Bund, Ländern, mit den Bundesländern, enger zusammenarbeiten, dass da ein bisschen was fortschrittlich in die Wege geleitet wird.“

„[Kostenlose/kostengeforderte] Aktivitäten nach der Schule, wie zum Beispiel Nachhilfe – Das wäre für mich etwas gewesen, was extrem wichtig gewesen wäre, aber was kostenmäßig einfach nicht drin gewesen ist.“

„Halt eine Praxisorientierung. Wer sagt denn, dass Schule nur auf dem Stuhl stattfinden muss?“

„Schuluniformen einführen, um den Kindern den Druck von diesem materialistischen Marken, ich muss dazu gehören, zu nehmen.“

„Geld in die Hand nehmen und vielleicht in den Ländern, wo es super läuft gewisse Konzepte, gewisse Dinge – weil das kostet meistens Geld, deswegen machen wir das nicht – kopieren. Schauen in den skandinavischen Ländern: Was läuft da besser?“

„Ich würde es gutheißen, wenn die Regierung so eine Art Stipendien geben würde für Berufe, wo Mangel herrscht. Das heißt: Wenn jetzt, sage ich mal, Erzieher zu wenig sind und wir brauchen die, dass es dann einen Anreiz gibt oder eine finanzielle Unterstützung, dass jemand das studieren kann.“

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkenntnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Gesundheit und Pflege ist von hoher Relevanz im Alltag und umfasst zahlreiche Themen v.a. im Hinblick auf Absicherung im Krankheits-/Pflegefall. Der Bereich wird von zahlreichen anderen Bereichen und gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst.

Der Bereich Gesundheit und Pflege ist von allgemeiner Relevanz, da Gesundheitsvorsorge als grundlegende Daseinsvorsorge gesehen wird. Allgemein wird der Bereich schon seit den 1990er Jahren als unterversorgt angesehen. Durch äußere Faktoren der letzten Jahre (Covid-19-Pandemie, Kriege) wird eine zunehmende Verschlechterung festgestellt, v.a. durch Mangel an Personal in Gesundheit und Pflege, fehlende Kapazitäten in Krankenhäusern, mangelnde Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln.

Weitere Themen und Aspekte, die den Bereich Gesundheit und Pflege prägen, sind:

- Privatisierung des Gesundheits-/Pflegesektors mit zu starkem Fokus auf Wirtschaftlichkeit
- Schließungen von medizinischen Einrichtungen
- Zu starke Leistungsbegrenzung und schwindende Leistungsübernahme der gesetzlichen Krankenkassen
- Wahrgenommene Ungleichbehandlung
- Fachkräftemangel im medizinischen und pflegerischen Bereich und u.a. wahrgenommene schlechte Arbeitsverhältnisse
- Zu hohe Kosten im Pflegebereich für Unterbringung und Hilfsmittel für Personen mit Pflegebedarf

Das politische Handlungsfeld Gesundheit und Pflege steht im Zusammenhang mit weiteren politischen Feldern / vergangenen politischen Maßnahmen, deren Auswirkungen weiterhin spürbar sind:

- Migration: Sorgt zum einen für einen schnelleren Anstieg der Bevölkerung, auf die Verteilungsschlüssel nicht angepasst sind, zum anderen fehlende Integration von Fachkräften aus dem Gesundheits-/Pflegebereich (Sprachkurse, Weiterbildungen etc.), um diese schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen
- Verfehlung in der Familienpolitik: Fehlende Förderung von Familien, um die Pflege von Angehörigen zu erleichtern
- Demografischer Wandel: Überalterung der Ärzteschaft und der Gesellschaft führt zu Mangel bei der ärztlichen Versorgung
- Zunehmend empfundene Belastungen im Alltag: Gesundheitliche Probleme steigen durch ungesunden Lebensstil (ungesunde Ernährung, wenig Bewegung, Stress) und herausfordernde geopolitische, weltliche Lage (Pandemie, Kriege, Inflation etc. überfordern und wirken sich auf Psyche aus)
- Stadtflucht: Wenig attraktive Bedingungen verschärfen medizinische Versorgung in ländlichen Regionen (durch fehlende ärztliche Versorgung) und in den Ballungsgebieten (durch zu viele Menschen in einem Bereich).



Zitate von Befragten

„Also es wird mir momentan zu viel Geld mit Gesundheit gemacht. Für mich ist es zu sehr Kommerz geworden, da weiter drüber nachzudenken.“

„Das ist manchmal unmenschlich, das System.“

„Ich war da in der Helios-Klinik. Zum Beispiel bei meinem Krankenhausbett, wo ich drin lag, war der TÜV abgelaufen seit zwei Monaten! Ich weiß nicht, wie so was sein darf. Dann die Halterungen für die Telefone, die haben schon halb aus der Wand rausgesehen, die haben gar nicht mehr richtig dran gesteckt! Dann war es überall dreckig! Ich habe mich mit der Putzfrau unterhalten. Die hat nur drei Minuten für ein Zimmer und ein Bad. Das schaffst du doch gar nicht! Das geht einfach nicht: drei Minuten für so ein Zimmer mit Bad, das funktioniert nicht!“

„Meine Eltern wohnen nämlich auf dem Dorf. Die hatten mal eine Apotheke, die haben die weggemacht. Der Arzt, der kommt, glaube ich, einmal die Woche ist der da. Theoretisch müssten die dann mit dem Bus in die nächste Ortschaft 20 Minuten fahren. Der Bus fährt aber auch nur alle 2 Stunden. Das heißt, wenn man jetzt wirklich krank ist und man braucht Medikamente, müsste man erstmal gucken: „Ja, wann fährt denn der nächste Bus? Und wie kriege ich meinen Anschluss dann wieder zurück?“ Oder ich zahle mir halt ein Taxi und das kostet noch mehr Geld. Also schwierig.“

„Das Gesundheitssystem ist meinem Empfinden nach deutlich schlechter geworden.“

Befragte schätzen die allgemeine Versorgung im Gesundheits-/Pflegesektor auf hohem Niveau.

Insgesamt werden positive Aspekte weitaus weniger häufig genannt. Hierzu zählen:

- Allgemein grundlegende Versorgung in im Gesundheits-/Pflegebereich mit gut ausgebildeten Fachkräften

Medizinischer Bereich:

- Anspruchsvolles, stabiles Gesundheitssystem: Allgemein hoher Versorgungsstandard im medizinischen Bereich für alle Menschen in der Bevölkerung, v.a. durch gesetzliche Krankenkassen
- Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall oder für Gesundheitsprävention durch u.a. Kostenübernahme von Krankenkassen (u.a. Vorsorgeuntersuchungen wie z.B. Darmkrebs) und Lohnfortzahlung
- Einführung des Terminvergabecode zur schnellen Erreichbarkeit von Fachärzten/-ärztinnen
- Freie Wahl des ärztlichen Fachpersonals: Möglichkeit der Wahl des/der zu behandelnden Arztes/Ärztin in den meisten Fällen
- Digitalisierung des Gesundheitsbereiches: Digitale Sprechstunde, KI bei Operationen (ACHTUNG: Persönlicher Kontakt dennoch wichtig und präferiert)
- Spitzenforschung und Spezialisierung in den Fachgebieten sorgt auch für gute Versorgung bei neuen und komplexen Krankheitsbildern

Bereich der Pflege:

- Vorhandensein von gesetzlichen Pflegekassen
- Übernahme der Kosten für Pflegeeinrichtungen bei geringem Einkommen: Aufnahme von wenig solventen Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen durch Zahlung des Differenzbetrages durch den Staat

Zitate von Befragten

„Ich denke, wir verfügen schon in Deutschland über ein recht ausgereiftes Gesundheitssystem, sage ich jetzt mal. Es gibt die Möglichkeit, sämtliche Dinge wahrzunehmen.“

„Also ich finde generell, es gibt schon ein stabiles Gesundheitssystem, wenn man das mit anderen Ländern vergleicht.“

„Also das ist wieder auch auf andere Länder bezogen, wenn man jetzt krank ist, dann kann man sich krankschreiben lassen, und man wird trotzdem weiter bezahlt.“

„Theoretisch haben wir noch eine Krankenversicherung, die bestimmte Sachen abdeckt.“

„Und mit diesem Code, das finde ich eine gute Sache, bekommt man innerhalb von 14 Tagen einen Termin. Man kann sich den Arzt nicht aussuchen. Das ist richtig. Aber man hat trotzdem die Möglichkeit, einen Facharzt zu bekommen.“

„Also, die Künstliche Intelligenz kann genau bei Operationen schon so Sachen ausrechnen, wo der Schnitt gemacht werden soll und solche Dinge.“

„Dass es Pflegekassen gibt. Dass es Pflegegrade gibt. Dass man auch im Häuslichen gut versorgt sein kann.“

Es herrscht eine generelle Sorge über die gesundheitliche Sicherheit im Falle von Krankheit aufgrund von starker Privatisierung und Mangel an Verfügbarkeiten durch Fachkräftemangel.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

Medizinischer Bereich:

- Besorgnis über die Absicherung der Gesundheit im Falle von Krankheit durch:
 - Zu starker wirtschaftlicher Fokus im Gesundheitsbereich (Gewinnorientierung) durch die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen z.B. Kliniken: Renditemaximierung als Grund für Sparmaßnahmen bei Personal, schlechte Gehälter, schlechte medizinische Versorgung
 - Fehlender Zugang/Verfügbarkeit von Ärzten/Ärztinnen: Schwierigkeiten bei der Aufnahme als Neupatient:in (keine Aufnahme von Neupatient:innen) und der Terminfindung auch bei Akutfällen, lange Wartezeiten
 - Zu wenig Fachkräfte im medizinischen Bereich: u.a. zu geringer Personalschlüssel in der regionalen Verteilung der Ärzte/Ärztinnen v.a. auf dem Land
 - Schließungen von ärztlichen Praxen, Kliniken, Apotheken in der Nähe [v.a. Land]
 - Stark wahrgenommene Leistungsbegrenzungen durch die gesetzlichen Krankenkassen: Ärztliches Fachpersonal entscheidet auf Basis der Limitierungen der Krankenkassen nicht nach Bedürfnissen der Patient:innen, z.B. bei Physiotherapie
 - Zunehmend kostenpflichtige Leistungen bei Fachärzten/-ärztinnen (u.a. bei Augenarztpraxen, Gynäkologie, Zahnarztpraxen etc.)
 - Schlechter Zugang bzw. unsichere Verfügbarkeit von (notwendigen) Medikamenten
- Fehlende Nähe und Vertrautheit zum medizinischen Personal: Aktuelle Aufklärung im Krankheitsfall wenig patientenzentriert, als fehlend wahrgenommene gründliche Untersuchung
- Zu hohe Verwaltungskosten im Gesundheitsbereich u.a. durch zu viele Krankenkassen

Zitate von Befragten

„Keine Termine, wenn man sie braucht, oder zu lange Wartezeiten. Oder wie heißt denn das? Patientenstopp. Können keine Patienten mehr aufnehmen.“

„Das Problem ist einfach bei der Privatisierung, dass mittlerweile viele Private an die Börse gehen und quasi das Krankenhaus zum Gewinn-Objekt werden muss, nicht kann, sondern muss. Das Krankenhaus muss Gewinn abwerfen. Nur: Gesundheit kann keinen Gewinn abwerfen!“

„Die ganzen Einschränkungen, was, was die Ärzte letztendlich praktischerweise ins Buch geschrieben gekriegt haben, was sie an Leistungen rausgeben dürfen, wo eben dann Schluss ist. Die haben ein bestimmtes Budget und wenn das Budget erschöpft ist, sind die praktischerweise handlungsunfähig.“

„Aber wenn es dann so geht in Richtung Diabetiker – und er braucht seine Insulinspritzen zum Beispiel –, das ist lebensnotwendig. Da will man gar nicht alt werden oder wieder krank werden. Man hat Angst um seine Gesundheit. Also es ist einfach ein Mangel.“

„Wenn ich heute zum Arzt gehe, da habe ich Glück, wenn der Arzt überhaupt noch aufsteht. Der sitzt hinter seinem Computer, fragt, was ich habe, klimpert da drin rum, und verschreibt mir irgendwas. Früher bin ich nochmal untersucht worden. Abgehört worden. Ist heute nicht mehr.“

„Na, allein schon durch die vielen verschiedenen Krankenkassen halt: Jede hat Mitarbeiter, hat Vorstände, hat ja, Gebäude, die unterhalten werden müssen. Und das führt natürlich zu extrem hohen Kosten, die eigentlich dem Gesundheitswesen an sich verloren gehen.“

Zudem kritisieren sie den Service der Krankenkassen und nehmen Ungleichbehandlungen wahr, aber auch fehlende Aufklärung und mangelnde Förderung von Gesundheitsprävention.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

- Fehlender Service der Krankenkasse: Beratung, Beantragungen, weniger Leistungen
- Wahrgenommene Ungleichbehandlungen u.a. bei:
 - Angestellten im medizinischen/pflegenden Sektor innerhalb einer Profession z.B. starke Gehaltsunterschiede zwischen Ärzten und Pflegepersonal (auch zwischen dem Pflegepersonal)
 - Je nach Versicherungsart – Gesetzliche oder Private Krankenversicherung: Wahrnehmung der Bevorzugung von privat Versicherten bei Behandlungen
 - Männern vs. Frauen: Erforschung und Behandlung von Krankheiten stark an Männern orientiert, weniger an Frauen [selten]
- Schlechte Organisation im medizinischen Bereich: u.a. durch zu viel Bürokratie
- Fehlende Aufklärung über Neuerungen im medizinischen Bereich z.B. Dringlichkeitscode über eine spezifische Internetseite, Krankenkasse etc.
- Fehlende Förderung von Gesundheitspräventionsmaßnahmen, speziellen Therapien/Reha
- Fehlende bzw. zu langsame Anerkennung von Fachpersonal aus dem Ausland [teils]
- Zu hohe Versicherungskosten [teils]
- Fehlende Aufklärung und Praxisnähe während der Berufsausbildung/Studium [selten]

Zitate von Befragten

„Es funktioniert halt nicht mehr. Die [Krankenkassen] haben das [direkten Kontakt] eingestampft. Und mit dem Einstampfen ist hier auch der Service komplett den Bach runtergegangen.“

„Also die, die privatversichert sind, die kommen halt als Erstes dran. Es geht also quasi da wieder ums Geld. (lacht) Der, der Geld hat, hat halt einen Vorteil.“

„Und Mann vs. Frau ist halt ganz einfach: Die meisten medizinischen Vorgehensweisen und Medikamente sind halt überwiegend an männlicher Bevölkerung getestet und aufgrund dessen bewertet.“

„Also, die Möglichkeiten sind besser geworden. Aber die ganze Organisation wird immer schlechter.“

„Da fehlt sehr viel Beratung, auch in der Berufsberatung von Anfang an. Viele denken ja, sie ziehen einen weißen Kittel an und geben Spritzen. Aber da gehört mehr dazu.“

Im Bereich der Pflege wird vor allem der Fachkräftemangel aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen bemängelt sowie die hohen Kosten und fehlende Aufklärung.

Negative Aspekte überlagern die positiven Aspekte. Befragte äußern Unzufriedenheit bezüglich der folgenden Aspekte:

Bereich der Pflege:

- Fachkräftemangel im Bereich der Pflege: Zu wenig qualifizierte Pflegefachkräfte aufgrund:
 - Schlechter Arbeitsverhältnisse in der Pflege: Zu geringes Arbeitsentgelt, schlechte Arbeitsbedingungen (Stress)
 - Mangelnder Anerkennung und Wertschätzung in der Pflege
- Zu großer Verwaltungsaufwand für Pflegekräfte durch zu viel Bürokratie
- Fehlende finanzielle Unterstützung im Alter im Falle von Pflegebedürftigkeit z.B. Unterstützung oder Übernahme der Kosten von Hilfsmitteln wie Windelhosen, Rollatoren, Rollstühlen, aber auch Kosten der Pflegeeinrichtung: Kosten als zu teuer und kaum bewältigbar wahrgenommen
- Schwierige Beantragung von Pflegestufen durch fehlende Beratung, zu wenig transparente Entscheidungen
- Fehlende Aufklärung im Pflegefall: Proaktive Beratung im Pflegefall fehlt
- Gefühlte Ungleichbehandlung zwischen Geflüchteten und deutschen Rentner:innen z.B. Kostenübernahme für Hilfsmittel wie Rollatoren für ukrainische Geflüchtete, aber nicht für Deutsche

Zitate von Befragten

„Das kenne ich persönlich von zwei Freudinnen, die Geschichten davon erzählen, wie sie alleine quasi auf einer Schicht sind mit unglaublich vielen Leuten, die gepflegt werden müssen, und da nicht hinterherkommen.“

„Ich kenne viele [in Pflegeeinrichtungen], die lesen gar nichts mehr vor, weil die überhaupt nicht die Zeit haben, weil da geht es wie beim Marathon.“

„Was bei der Pflege entscheidend ist, die Bürokratie, dass ich jeden Kram dokumentieren muss und dass die Dokumentation teilweise länger dauert als die Pflege. Und das ist meiner Ansicht nach totaler Humbug.“

„Die Finanzierung von zum Beispiel, sagen wir mal, Sachen wie Rollatoren, Rollstühlen und sonstigen medizinischen Geräten, da wurde es dann langsam problematisch.“

„Wir haben im Haus zum Beispiel ein älteres Ehepaar, beide 45 Jahre gearbeitet und gehen dann zum Sozialamt, damit die ihren Pflegeplatz bezahlen lassen können. Das ist doch bitter, muss ich sagen.“

„Die sind pflegebedürftig. Und man sieht den Leuten an, dass die jetzt Pflegestufe 1 oder 2 brauchen. Es kommt jemand zum Kontrollieren. Aber dann wird das aus irgendeinem Grund immer wieder abgelehnt.“

„Ich glaube, grade im Bereich Pflege fehlt auch einfach die Aufklärung für die Angehörigen, weil man gar nicht weiß, welche Dinge man überhaupt beantragen kann und wie es dann letztendlich abläuft.“

Zitate von Befragten zu Einflüssen zum aktuellen Gesundheits-/Pflegesystems:

Zitate von Befragten

„Also begonnen hat das, würde ich sagen, Ende der 90er, also 96, so, und dann mit der Agenda 2010 wurde ja auch noch mal der Pflegedienst – Oder das war vielleicht auch schon vorher, dass die FDP die Pflegedienste privat zugelassen hat. Von daher ist das Problem so ins Rollen gekommen.“

„Na, ich erinnere jetzt mal an das leidige Thema Maskendeals. Die Politik, die großen Politiker hängen in vielen Themen ja auch mit drin, wo Entscheidungen getroffen werden, um eben im Hintergrund noch dem Schwager, der Schwester und was weiß ich wem irgendwie so ein paar 1.000 Euro in die Tasche zu spülen.“

„Dass auch teilweise die Sozialkassen missbraucht werden und auch teilweise Gelder rausgenommen werden und in andere Bereiche reingemacht werden.“

„Die fehlende Anerkennung des Personals gerade zum Beispiel in der Pflege. Also ich kenne Pflegehilfskräfte oder Alltagsbegleiterinnen, die mehr leisten als eine Pflegefachkraft und nur 1/3 vom Gehalt kriegen, aber auch in Schichten arbeiten müssen.“

„Da muss ich aber noch sagen, es wird auch von uns allgemein privat viel zu wenig gemacht, dass wir schon gesund bleiben. Eigentlich das Ganze – Also ich kriege von meiner Krankenkasse regelmäßig Kataloge für Präventivbehandlungen, die auch finanziert werden von meiner Krankenkasse. Ich bin ganz ehrlich, ich nehme das nicht wahr.“

„Es gibt immer mehr ältere Menschen. Und dadurch ploppt das natürlich auf: Ärztemangel, mehr Menschen in Pflegeheimen, zu wenig Pflegeplätze und so die ganzen Sachen.“

„Ich denke, wir haben genau das gleiche Problem wie in anderen Bereichen auch: Es gehen viele in Rente.“

„Die Leute, die die in die Pflege gehen, die wollen prinzipiell helfen, und scheitern aber daran, dass die einfach keine Zeit für die Menschen mehr haben.“

„Während Corona sind die Leute reihenweise weggebrochen, wirklich, psychisch, Burnout, dann konnten sie gar nicht, weil sie auffangen mussten, wo andere weggebrochen sind.“

„Es ist ein großer Mangel da, obwohl zum Beispiel gesagt wird: Wenn sich jetzt ein Arzt niederlassen möchte, dann heißt es, es sind genügend Ärzte da. Aber das stimmt nicht. Vom Schlüssel her stimmt das. Aber man kriegt keinen Termin.“

„Die Ärzte verdienen teilweise im Ausland jetzt mehr. Die deutschen Ärzte sind super ausgebildet. Die gehen dann nach England. Vor 30 Jahren wäre das ein Witz gewesen, aber heute verdienen die da mehr. Oder in Norwegen.“

„Schmerzmittel werden teilweise in Indien oder China hergestellt. Aber die haben die selber gebraucht. Deswegen gab es bei uns nichts. Also die Medikamentenherstellung in Deutschland hat rapide abgenommen, weil sich das nicht mehr lohnt, weil das im Ausland billiger ist.“

„Um so älter und vergesslicher die Schwiegermutter wurde, haben die es selber gar nicht geschafft, zu arbeiten und sich noch um sie zu kümmern. Und deswegen musste sie dann einfach ins Altersheim.“

„Dass diese ganzen Firmen, die medizinische Produkte auf den Markt bringen, Medikamente, Geld damit verdienen wollen. Und wenn die irgendwas erfunden haben, wo sie Marktführer sind und eine Marktlücke haben, dann können die den Preis wirklich massiv steuern.“

Ursachen für die Entwicklungen im Gesundheit- /Pflegesektor sind vor allem die überwiegende Privatisierung des Bereiches und der Fachkräftemangel. Zudem werden fehlende politische Maßnahmen als Ursache gesehen.

Die wahrgenommenen Ursachen sind vielfältig. Nicht alle wahrgenommenen Ursachen halten einem Faktencheck oder einer differenzierten Ursache-Wirkungsprüfung stand. Nichtsdestotrotz bestimmen sie das Denken und Handeln der Befragten.

Zu den wahrgenommenen Ursachen zählen:

- Zu starker Wirtschaftlichkeits- und Effizienzgedanke im medizinischen Bereich und im Bereich der Pflege, u.a. durch Sparprogramme aus der Politik und Privatisierungen
- Fachkräftemangel im medizinischen und Pflege-Bereich aufgrund von:
 - Demografischem Wandel innerhalb der Gesellschaft und der Ärzteschaft
 - Zu strikter Arbeitsbedingungen/Vorgaben zur Gewinnmaximierung: Fehlende substanzielle Veränderungen zur Erleichterung/Verbesserung der Arbeit und zu starke Bürokratie (zu hoher und wenig effizienter Verwaltungsaufwand für Ärzte und Pflegekräfte)
 - Wachstum der Gesellschaft: Schnell steigende Anzahl von Personen in Deutschland, u.a. durch Migration
 - Falsch wahrgenommenem Verteilungsschlüssel von Fachärzten/Fachärztinnen und Psychologen
 - Zu hoher Arbeitsbelastung während der Covid-19-Pandemie: Wechsel nach der Pandemie aufgrund von Burn-Out oder Wunsch besserer Arbeitsbedingungen
 - Abwanderung in Länder mit besserer Bezahlung / besseren Arbeitsverhältnissen u.a. durch zu restriktives Steuersystem bei Leistungen (z.B. Einspringen bei vielen Diensten im Klinikum), 24-Stunden-Schichten in Kliniken
- Schließung/Abwanderung von Firmen bei der Produktion von Medikamenten: Fehlende Absicherung / eigene Produktion notwendiger Medikamente
- Wahrgenommene Vetternwirtschaft in der Politik z.B. bei Maskendeals
- Hohe Kosten der Pflege durch veränderte Familienstrukturen: früher Mehrgenerationenhaushalte, heute Pflegeheime nötig durch die Notwendigkeit einer beruflichen Anstellung, um eigenen Haushalt zu finanzieren
- Zu starker Einfluss der Pharmaindustrie auf Forschung/Entwicklung von Medikamenten und Preisgestaltung

Ursachen für die Entwicklungen im Gesundheit- /Pflegesektor sind vor allem die überwiegende Privatisierung des Bereiches und der Fachkräftemangel. Zudem werden fehlende politische Maßnahmen als Ursache gesehen.

Die wahrgenommenen Ursachen sind vielfältig. Nicht alle wahrgenommenen Ursachen halten einem Faktencheck oder einer differenzierten Ursache-Wirkungsprüfung stand. Nichtsdestotrotz bestimmen sie das Denken und Handeln der Befragten.

Zu den wahrgenommenen Ursachen zählen:

- Verfehlte Familienpolitik: Zu starke Einbindung in den Alltag durch äußere Umstände, u.a. hohe Auslastung durch Beruf, Kinder etc.
- Fehlende Eigeninitiative in der Bevölkerung zur Gesundheitsvorsorge durch zahlreiche Belastung im Alltag z.B. Arbeit, Kinder und fehlende Zeit
- Wandel in der Mentalität von Patient:innen z.B. Besuch der Notaufnahme als Zeitersparnis bzw. Alternative zum/zur Hausarzt/-ärztin unter der Woche
- Wandel in der Mentalität bezüglich der Pflege von Angehörigen: u.a. wird Pflege als Einschränkung der Freiheit wahrgenommen oder zusätzliche Belastung in einem bereits stark fordernden Alltag (durch Kinder, Beruf)

Drei Akteure prägen maßgeblich die Entwicklungen im Bereich Gesundheit und Pflege: Pharma-Industrie, Träger von Einrichtungen und Bundesregierung.

Im Bereich von Gesundheit und Pflege sehen die Befragten drei maßgebliche Verantwortungsträger, die in der Ausgestaltung eine maßgebliche Rolle spielen:

- Pharma-Industrie mit stark wahrgenommenem finanziellem Einfluss: Starker Einfluss auf Forschung, Entwicklung und Weiterentwicklung des Gesundheitsbereiches und Preisgeber für Medikamente und gesundheitliche Hilfsmittel; zu stark ausgeprägte wirtschaftliche Interessen aus Sicht der Befragten wahrgenommen
- Medizinische und Pflege-Einrichtungen (z.B. Kliniken, Träger von Seniorenresidenzen): Starker Einfluss auf die Art und Weise der Versorgung/Leistung, die jedoch aus Sicht der Befragten zu stark von wirtschaftlichen Interessen (Gewinnoptimierung/-maximierung) dominiert wird, fehlender Fokus auf den Menschen (Patient:innen, Pflegebedürftige)
- Politische Akteure v.a. die Bundesregierung (Gesundheitsministerium) als Regulierungsinstanz für Rahmenbedingungen: Starker regulierender Einfluss u.a. bei der Festlegung von Verteilungsschlüsseln, Privatisierung von Gesundheits-/Pflegeeinrichtungen, Berufsausbildung im Bereich, die jedoch aus Sicht der Befragten nicht dem Wohle der Bevölkerung dient, sondern sich zu stark an den Interessen der obig genannten Akteure (Pharma-Industrie, Kliniken, Träger von Pflegeeinrichtungen) orientiert

Zitate von Befragten

„Jetzt ist mal jemand da, der ist Gesundheitsökonom, mag mal seine Einstellung zu Corona und anderen Themen außen vorlassen, und der kämpft natürlich gegen eine Milliardenlobby. In kaum einem Bereich, in kaum einem Wirtschaftsfaktor, Wirtschaftsbereich ist so viel Geld dahinter, wie bei dem Gesundheitssystem.“

„Wahrscheinlich noch mehr die Lobby. Wie in vielen anderen Bereichen auch. Weil es halt so immens Geld ist.“

„Die meisten [Krankenhäuser] sind privat, und das ist das nächste Thema, dass die alle auf Gewinn fixiert sind. Jedes Krankenhaus will Gewinn am Ende des Jahres haben, und das kann nicht sein. Ein Krankenhaus muss eigentlich staatlich sein.“

„Wer ist denn, wer steckt denn dahinter? Wer treibt diese Privatisierung voran? Geldgierige Menschen. Die FDP.“

„Die Bundesregierung lässt die Scheiße mit der Privatisierung ja zu. Die verhökert ihr Gesundheitssystem für einen Apfel und ein Ei.“

„Die Politik hat das ja letztendlich in die Wege geleitet. Also, Politik entscheidet ja über Verordnungen, Gesetze und letztendlich auch über krankenkassenärztliche Vereinigungen, usw. und besetzt ja auch Posten.“

„Also, Bundespolitik wird ja betrieben. Und übers Gesundheitsministerium. Und ich denke, die einzelnen Länder haben ja da fast gar nichts zu sagen.“

Neben weiteren Akteuren im Gesundheitssystem, deren Fokus auf Profit kritisiert wird, wird auch die fehlende Initiative von Privatpersonen und Arbeitgebern bemängelt.

Zudem werden weitere Akteure genannt, die Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung haben, bei denen aber auch in einem gewissen Maß eine Steuerung durch die Politik aus Befragtensicht möglich ist, aber nur bedingt von der Bundesregierung umgesetzt wird:

- Gesetzliche (und private) Krankenkassen: Zu starker Fokus auf Wirtschaftlichkeit und dadurch als sinkend wahrgenommene Leistungen für Patient:innen, zudem starker Wettstreit zwischen den Krankenkassen wahrgenommen sowie zu hohe Verwaltungskosten durch hohe Anzahl von Krankenkassen
- Apothekenverbände: Fokus auf wirtschaftliche Interessen v.a. bei der Preisgestaltung für Medikamente
- Individualpersonen: Eigenverantwortung hinsichtlich des eigenen Lebensstils (als zunehmend ungesund empfunden, z.B. ungesunde Ernährung, fehlende Bewegung etc.) und der eigenen Gesundheitsvorsorge (Wahrnehmen von Präventionsangeboten) aktuell noch nicht ausreichend, Mentalitätswandel im Krankheitsfall (sehr Ich-zentrierter Ansatz)
- Arbeitgeber: Möglichkeit der Förderung von Gesundheitspräventionsmaßnahmen durch Förderprogramme für z.B. Sport und Fitness, um Arbeitskraft langfristig zu sichern und Wirtschaft anzukurbeln noch nicht ausreichend übernommen; sollte aus Sicht der Befragten stärker umgesetzt werden

Zitate von Befragten

„Dann haben wir natürlich die Krankenkassen, die auch, denke ich, im Wettstreit sind.“

„Dann haben wir noch die Apotheken-Lobby. Die wollen ja auch Geld verdienen.“

„Muss man wirklich in die Notaufnahme, wenn es ein Besuch beim Hausarzt auch täte?“

„Der Arbeitgeber kann sich auch vom Staat noch mal gewisse Förderprogramme bezuschussen lassen, zum Beispiel für Sport, Fitness, wie bei mir zum Beispiel, wir haben Wellpass.“

Zitate von Befragten zur Position der Bundesregierung im Bereich Gesundheit und Pflege:

Zitate von Befragten

„Für mich ist immer der Bund erst mal in der Hauptverantwortung. Der legt das Gerüst und gibt dann alles Weitere nach unten weiter.“

„Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Das hat der Staat einfach zu leisten und das müssen wir uns auch leisten! Klar, dass die Fabrik hier teurer ist, überhaupt keine Frage. Aber das ist halt etwas, das muss der Staat bereitstellen.“

„Also es passiert halt seit Jahren gar nichts. Es wird immer darüber geredet, die Gelder werden quasi verschleudert für die Politiker, die einfach nur den ganzen Tag am Tisch sitzen und quatschen, aber es passiert da einfach nichts.“

„Und das ist kein Problem der jetzigen Regierung. Das ist schon seit Jahrzehnten so. Also das hat nichts mit der jetzigen Regierung an sich zu tun. Ich denke, die Regierung könnten schon was machen, aber ich weiß nicht, inwieweit die unter der Knute der Wirtschaft steht, keine Ahnung.“

„Ich glaube, man versucht heute immer etwas zu tun, scheinbar besser zu machen. Man, man haut irgendwas raus. Ich habe manchmal das Gefühl, die denken gar nicht mehr drüber nach, was sie eigentlich machen. Die Konsequenzen werden nicht mehr so überdacht.“

„Ich habe manchmal das Gefühl, der Wille ist da, und da hört es dann auf.“

„Also ich hoffe, dass es irgendwann der Staat reguliert, weil die aufgrund dass ich in der Apotheke arbeite, wir arbeiten ja viel mit Altenpflegeeinrichtungen zusammen, und über die Kosten bin ich auch total erschrocken und frage mich auch, wie Menschen das finanzieren können.“

„Nein. Das lief ja über jahrelang so. Und ich glaube auch, das ist ein Trend, den die GroKo eingeleitet hat, dass es grade so schlimm ist, wie es jetzt, wie es jetzt ist, in der Pflege.“

„Ich sage nur mit den Masken damals. Das war so offensichtlich, dass die die Dinger zu teuer kaufen und die haben es durchgehen lassen und da sind so viele, die sich da bereichert haben.“

„Aber der [Herr Lauterbach] versucht wenigstens, vieles bleibt ja immer so im Konjunktiv. Er wird ja nicht direkt so gemacht, aber ich sage, der versucht schon was, der macht schon was.“

„Ja, also ich denke mal, er [Herr Lauterbach] hat viel vor, aber kommt da nicht so richtig mit durch. Er wird blockiert [von den anderen Parteien], kann auch nichts entscheiden. Wir haben ja drei Parteien und eine ist immer, die dagegenspricht.“

„Teilweise haben die ja, in Führungszeichen ‚genug‘ Geld. Es ist halt nur eben zerrieben in falsche Kanäle, falsche Anreize wurden gesetzt. Und das bringt dann womöglich auch Probleme. Und da ist die Politik natürlich dran, das, da nachzusteuern, und das ist dann auch so komplex.“

„Also Spahn hat angefangen und unser Karlchen – der macht es gerade noch schlimmer.“

„Also, die Frage ist ja, wir hatten ja da gar keinen Wechsel an Politikern seit gefühlt 20 Jahren, was Gesundheitspolitik angeht. Also, damals war das ja die Frau, hier, wie hieß sie? Schulz? Ihr erster Mitarbeiter war Herr Lauterbach. Und das über 20 Jahre Angela Merkel-Regierung. Und jetzt ist die rechte Hand von der damaligen Ministerin für Gesundheit, die rechte Hand ist der Minister. Und letztendlich hat Lauterbach genauso damals das, dieses ganze Privatisieren, das ganze Sparen zu verantworten, der sich jetzt hinstellt und so tut, als könnte er dafür nichts.“

Zitate von Befragten zu Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich Gesundheit und Pflege:

Zitate von Befragten

„Und mit diesem Code, das finde ich eine gute Sache, bekommt man innerhalb von 14 Tagen einen Termin. Man kann sich den Arzt nicht aussuchen. Das ist richtig. Aber man hat trotzdem die Möglichkeit, einen Facharzt zu bekommen.“

„System von der Ampel, dass viele Studienanfänger oder schon Studierende, mit diesen Bonuszahlungen, wenn die sich dafür verpflichten, dann so viele Jahre aufs Land zu gehen. Das ist eine sehr, sehr gute Sache, die die Regierung da ans Laufen gekriegt hat. Und da haben sich auch schon ganz viele Studierende für gemeldet. Das finde ich richtig gut.“

„Das ist ja nun wirklich geplant, wie er auch schon sagte, dass mehrere Krankenhäuser geschlossen werden sollen. Also den Sinn habe ich bis heute noch nicht verstanden. Und wenn ich, vom Land kommend eine Stunde brauche, um ins Krankenhaus zu kommen, falls ich mal irgendwas habe, dann können sie mich auch gleich im Bett liegen lassen, weil dann habe ich es wahrscheinlich gar nicht geschafft.“

„Eigentlich macht die Regierung gute Sachen. Die zahlt gutes Pflegegeld. Das haben sie auch erhöht. Und die Einstufung ist auch nicht mehr so, wie es vor zehn Jahren war.“

„Ich meine, der Lauterbach verändert ja auch aktuell, oder ist dabei das System von den Fallpauschalen abzuändern, was, wie ich finde, systemisch falsch ist, weil, es kann nicht sein, dass, wenn jemand am Sterben ist, dass man ihn noch dreimal zum Röntgen schickt, nur, damit man eine Pauschale kriegt.“

„Und eine kleine Sache ist, dass man auch hier über die Sozialabgaben versucht, vielleicht noch mal ein ganz neues Gesetz, glaube ich, jetzt mit der Pflegeversicherung. Man hat mit Kindern weniger Sozialabgaben als Single zum Beispiel. Das ist jetzt seit zwei, drei Monaten so.“

„Ich weiß, dass der Herr Lauterbach irgendwie neue Vorsorge machen will, irgendwie wenn man einmal im Jahr umsonst – ich hatte da nicht richtig zugehört oder gelesen. Irgendwie einmal im Jahr darf man dann als Mann einen Ganzkörpercheck machen irgendwie.“

„Die Regierung hat eine Riesenverantwortung. Immerhin tut sie auch zustimmen, dass die Krankenhäuser geschlossen werden. Die reden doch darüber, dass wir zu viele Krankenhäuser haben. Wir müssen auf 600 runterreduzieren. Ich weiß nicht, was die Scheiße soll! Die Bevölkerung in Deutschland, die wächst wirklich unaufhaltsam. Wir sind mittlerweile irgendwo bei 85 Millionen oder was. Das werden ja immer mehr. Ist ja alles gut und schön. Aber gleichzeitig schließen wir immer mehr Krankenhäuser! Irgendwann musst du dann mit dem Krankenwagen eine halbe Stunde fahren, damit du ins nächste Krankenhaus kommst. Bis dahin ist der Patient gestorben.“

Befragte vermissen eine deutlichere Regulierung seitens der Bundesregierung im Gesundheits-/Pflegesektor zur Absicherung der individuellen Gesundheit und der Pflege im Alter.

Befragte sehen im Bereich Gesundheit und Pflege deutlich die Bundesregierung in der Verantwortung. Hierbei wird kritisiert, dass diese sich vor allem an der Pharma-Industrie bzw. Trägern von Kliniken und Pflegeeinrichtungen und deren Bedürfnissen orientiert statt an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Dieses Gefühl besteht bereits seit dem Beginn der Privatisierung im Gesundheits- und Pflegesektor in den 1990-er Jahren, die als größtes Versäumnis früherer Bundesregierungen angesehen wird. Durch die Maskenaffäre unter der letzten Regierung (Bundesgesundheitsminister Spahn) hat die Bundesregierung allgemein stark weiteres Vertrauen im Gesundheits-/Pflegesektor eingebüßt.

Seit der Covid-19-Pandemie sind zudem die Zweifel an einer optimalen gesundheitlichen Versorgung gestiegen. Fachkräftemangel, Überalterung und die Knappheit von Medikamenten oder anderen Hilfsmitteln wurden deutlich. Hier verspüren die Befragten kein grundlegendes Entgegenwirken seitens der aktuellen Bundesregierung. Zwar werden Maßnahmen wahrgenommen, diese lösen jedoch nicht die Furcht vor mangelnder Sicherung der eigenen Gesundheit auf, teils werden diese z.B. durch Schließungen/Zentralisierung von Kliniken weiter bestärkt.

Wahrgenommene Maßnahmen, die mit der aktuellen Bundesregierung in Verbindung gebracht werden (*Hinweis: Häufigste Nennungen innerhalb der Gruppendiskussionen*):

- Einführung von Dringlichkeitscodes auf Überweisungen für Fachärzte/Fachärztinnen: Positiv empfunden, aber fehlende Aufklärung in der Bevölkerung (noch zu unbekannt, Unsicherheit über Zugang zu Codes)
- Bonuszahlungen für Medizinstudierende, die sich verpflichten auf dem Land zu praktizieren: Positiv empfunden
- Veränderung von Fallpauschalen im Krankenhaus: Polarisiert – Reform wird als dringend notwendig angesehen, aber sollte komplett reformiert werden (Beendigung der Fallpauschalen, da es falsche Anreize setzt)
- Minderung des Beitragssatzes für die Pflegeversicherung für Personen mit Kindern: Positiv empfunden durch Förderung/Unterstützung von Familien
- Überprüfung der Personalschlüssel in Krankenhäusern: Vorgaben für die Personalschlüssel in Kliniken, um Pflegenotstand zu mindern; positiv empfunden
- Erhöhung des Pflegegeldes: Positiv empfunden
- Schließung und Zentralisierung von Kliniken: Negativ empfunden v.a. auf dem Land – Sorge um zukünftige Absicherung im Notfall
- Plan: Steigerung der Vorsorge durch Ganzkörperchecks

Der von Befragten beschriebene Reformbedarf bezieht sich auf die Sicherung von Gesundheit und Pflege und einer Bedürfnisorientierung hin zum Menschen weg von Profitmaximierung.

Befragte äußern folgende Wünsche zur Optimierung des Gesundheits-/Pflegebereichs:

- Verzicht auf wirtschaftliche Interessen im Gesundheitsbereich: Vollständiger Fokus auf den Menschen und dessen Gesundheit u.a. durch Verstaatlichung des med. Bereiches (z.B. Kliniken), Limitation der Gewinnmaximierung, Abschaffung privater Krankenkassen
- Beseitigung des Fachkräftemangels z.B. durch Steigerung der Attraktivität von medizinischen Berufen und Pflegeberufen u.a. durch bessere Arbeitsbedingungen (weniger 24-Stunden-Schichten, besseres, faires Gehalt, Unterstützung bei der Arbeit durch z.B. Einsatz von Exoskeletten in der Pflege), leichtere Ausbildung in der Pflege/Weniger strikter Numerus Clausus im Medizinstudium
- Überprüfung und Anpassung des Verteilungsschlüssels für Ärzte in allen Fachrichtungen (auch Psychologen): Stete Kontrolle der Verteilungsschlüssel von Fachärzten nach Bedarf in der Region
- Abbau von Bürokratie für Ärzte/Ärztinnen und Pflegekräfte, um mehr Zeit für die Versorgung von Patient:innen und Pflegebedürftigen zu garantieren
- Erhalt von Kliniken zur Notversorgung in der näheren Umgebung v.a. auch auf dem Land
- Kostenübernahmen von gesundheitlichen Leistungen bei Fachärzten
- Sicherung der Medikamentenversorgung: Aufbau der Medikamentenproduktion in Deutschland
- Bezahlbare, menschenwürdige Pflege für Pflegebedürftige u.a. durch bessere Betreuung und mehr Zeit von Pflegekräften für Betreute
- Beseitigung der wahrgenommenen Ungleichheit zwischen privat und gesetzlich Versicherten
- Stärkung der eigenen Gesundheitsvorsorge bereits ab dem Kindergarten, z.B. Ernährungserziehung zu gesunder Ernährung bereits ab dem Kindergarten
- Mehr Transparenz und Aufklärung zu medizinischer Vorsorge/Neuerungen und im Pflegebereich, z.B. Aufklärung zu Dringlichkeitscodes
- Reduktion von gesetzlichen Krankenkassen auf eine geringere Zahl zur Kostenreduktion [teils]
- Einführung von ganzheitlichen medizinischen Untersuchungen [selten]



Zitate von Befragten

„Es muss auf den Menschen achtgegeben werden, würde ich sagen. Also Geld aus, Mensch an, und das aber von Anfang an, also auch präventiv eben halt, von Anfang halt, dass die Leute eben nicht so viele psychische Schäden haben, nicht so viele körperliche Schäden haben, weil dann genau ist ja quasi die Mühle wieder am Mahlen.“

„Dass medizinische Einrichtungen in staatliche Hand gehen und nicht mehr gewinnorientiert sind.“

„Dass eine Grundversorgung wohnortnah möglich ist. Klar muss jetzt nicht jede Klinik ein Akut-Krankenhaus sein mit allen Fachrichtungen. Aber so ein allgemeines Gesundheitskrankenhaus muss einfach erhalten bleiben.“

„Die Gesellschaft, die Menschen werden immer kränker. Dementsprechend braucht man auch mehr Fachärzte.“

„Ich würde Krankenkassen auf vielleicht fünf Stück reduzieren und die anderen 240 abschaffen.“

„Leichtere Ausbildungen. Die sind sehr anspruchsvoll im Pflegebereich. Gerade diese generalisierte ist jetzt noch anspruchsvoller als das vorher schon war.“

„Für mich wäre wichtig, dass es eine bezahlbare, menschenwürdige Pflege gibt. Dass die Leute ordentlich betreut werden und auch ein bisschen mehr Zeit kriegen.“

„Bürokratieabbau, diese ganzen Schriftsachen, die ich bei meinen Ärzten sehe, bei denen ich regelmäßig bin. Die würden auch lieber in der Zeit Patienten helfen, statt gefühlt Tag und Nacht Sachen auszufüllen.“

„Wenn ich mit Rückenschmerzen zum Arzt gehe, nicht, dass der Arzt meinen Rücken in 25 Teilabschnitte einteilt und ich 25 Jahre brauche, ehe die mal untersucht werden.“

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine übergreifende Erkenntnisse

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Altersvorsorge

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Bildung

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Gesundheit und Pflege

Detailerkennnisse Schwerpunktbereich: Wohnraum

Das Thema Wohnen hat für viele eine hohe alltägliche Relevanz. Grundproblem ist die ausreichende Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum. Wohnen steht in Verbindung zu weiteren politischen Feldern.

Der Bereich Wohnraum hat für viele der Befragten eine hohe alltägliche Relevanz.

Zentrales Grundproblem ist, dass der Wohnraum vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage als nicht ausreichend und insgesamt zu teuer (Mietkosten, Bau- und Sanierungskosten, Nebenkosten) wahrgenommen wird.

Das politische Handlungsfeld Wohnraum steht im Zusammenhang mit weiteren politischen Feldern:

- Klimaschutz: z.B. Investitionskosten im Rahmen des Gebäudeenergiegesetzes
- Soziale Polarisierung / Segregation: durch abnehmende soziale Heterogenität kommt es zu einer Verringerung der sozialen Durchmischung, Fremdheitserfahrungen in bestimmten Stadtteilen und auch Stigmatisierungserfahrungen
- Altersvorsorge: geringes Rentenniveau trifft auf hohe Mieten
- Mindestlohn: niedrige Löhne treffen auf hohes Mietniveau und stellen eine Herausforderung für die zukünftige Altersvorsorge dar

Zitate von Befragten

„Die Hauptprobleme beim Wohnraum sind: Zu wenig und nicht bezahlbar.“

„Also es geht ein bisschen mit zu den Kosten, aber damit zusammenhängend auch: Lage. Nein, ich meine, gerade einigermaßen bezahlbare Wohnungen sind extrem außen liegend und oftmals auch in schlechten Gebieten, die komplett runtergekommen sind. Und das ist das Problem.“

„Die ältere Generation wird sich das Eigenheim nicht mehr leisten können, auch nicht auf dem Dorf. Spätestens, wenn dieses Energiegesetz greift und alles unter 80 eine Wärmepumpe einbauen muss.“

Zum Thema Wohnraum werden insgesamt weniger positive als negative Aspekte genannt. Als positiv empfunden werden generell Maßnahmen, die bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Insgesamt werden positive Aspekte im Vergleich zu Misständen weitaus weniger häufig genannt. Das positiv Gesagte lässt sich folgenden Themenbereichen zuordnen:

- (Sehr) solide, qualitativ-hochwertige Bausubstanz: insbesondere im internationalen Vergleich und im Vergleich zum Standard in der ehemaligen DDR
- Die Existenz von Sozialwohnungen
- Umfangreicher Mieterschutz gesetzlich verankert, aber die Einhaltung der Mieterrechte unterstünde keiner ausreichenden Kontrolle [teils]
- Umgesetzte Neubauvorhaben: werden sehr begrüßt, aber als nicht ausreichend angesehen
- Mietpreisbremse als Instrument gegen unrechtmäßige Mieterhöhungen [selten]
- Förderung von energetischer Sanierung [selten]
- Zufriedenheit mit Wohnungsbaugenossenschaften [selten]
- Zufriedenheit mit Immobilienkonzernen [selten]

Zitate von Befragten

„Ich meine in den Jahren nach der Wende ist schon, vom baulichen Zustand, viel passiert.“

„Die Qualität ist nicht vergleichbar mit anderen Ländern. Wer schon mal in einem anderen Land gewohnt hat, der weiß es zu schätzen (lacht), wie in Deutschland gebaut wird und dass es zwar anstrengend ist, dass es viele DIN-Vorschriften gibt, dass es aber extreme Vorteile mit sich gibt.“

„Dass wir überhaupt noch Wohnungen bauen, auch wenn es zu wenige sind (lacht), viel zu wenige.“

„Meine Mutter, meine Eltern hatten jetzt eine Mieterhöhung vom Vermieter, aber da konnte ich jetzt quasi dagegen was sagen, weil ja diese Mietpreisbremse, die hat ja für Thüringen gegolten.“

„Bis jetzt nur positive Erfahrungen. Ich bin bei der Gewobau. Sobald ich irgendwie da anrufe, kommt innerhalb von zwei Tagen jemand vorbei. Die haben auch nie die Miete erhöht, wenn ich das bei anderen so höre. Wir kriegen immer irgendwas zurück.“

„Und wir haben auch die schärfsten Mieterschutzgesetze in Deutschland, um was Positives zu nennen.“

„Ich hatte in meiner alten Wohnung einen Wasserschaden, der so dringend war, dass ich wirklich schnell umziehen musste. Dann bin ich bei der Vonovia gelandet. Ich habe nie Probleme mit denen gehabt. Die haben mir innerhalb von zwei Stunden einen Elektriker geschickt.“

Wahrgenommene Missstände dominieren die Wahrnehmung. Zentrales Problem ist das Fehlen von ausreichend und bezahlbarem Wohnraum, das verschiedenste Facetten aufweist.

In der Wahrnehmung der Befragten dominieren negative Aspekte gegenüber positiven Aspekten beim Thema Wohnen.

Ausreichend und bezahlbarer Wohnraum fehlt – zentraler Negativaspekt, der verschiedene Facetten aufweist:

- Trifft Jüngere, die von zuhause ausziehen wollen. Ebenso relevant für Ältere, die sich räumlich verkleinern bzw. altersgerecht und barrierefrei wohnen möchten
- Für Einkommensschwächere nur noch „schlechte Lage“ leistbar: verbunden mit Nachteilen wie hoher zeitlicher Aufwand aufgrund von langen Pendelstrecken oder einem subjektiv wahrgenommenen Sicherheitsverlust
- Starker Anstieg der Nebenkosten
- Unzureichende Anzahl an Neubauprojekten & fehlende Anreize
- Wohnraum als Spekulationsobjekt: führt zu Preissteigerung bei Mieten und Hauspreisen
- Mieterhöhungen trotz Modernisierungstau [teils]
- Wahrgenommener Wohnungsleerstand [teils]
- Eigentumserwerb kaum mehr möglich aufgrund gestiegener Preise
- Diskriminierung bei der Wohnungssuche für Personen mit Migrationshintergrund [teils]
- Zunehmende Segregation: führt zu abnehmender sozialer Heterogenität und damit zur Verringerung der sozialen Durchmischung, zu Fremdheitserfahrungen & Stigmatisierungen [teils]
- Gebäudeenergiegesetz: Angst vor Investitionskosten (Eigentümer:innen) und Kostenumlegung (Mieter:innen) [teils]
- Wahrgenommene Konkurrenzsituation mit Asylbewerber:innen, Flüchtlingen und Migrant:innen um Wohnraum [teils]
- Für Einkommensschwächere nur (noch) sehr kleine Wohnungen leistbar [selten]

Zitate von Befragten

„Ich habe eine große Wohnung momentan. Wir sind nur noch zu zweit und hatten eigentlich die Absicht, uns zu verkleinern. Aber das Verkleinern kostet genauso viel Geld wie die große Wohnung. Und dann bleibe ich in der großen Wohnung drin.“

„Ich habe ja eine Wohnung mir gegenüber, die ist jetzt schon zum dritten Mal vermietet. Und da haben die nichts gemacht. Da nehmen die mittlerweile das Doppelte von meiner Miete. Das ist eine Frechheit.“

„Ein wichtiger Punkt ist auch, dass die Nebenkosten exorbitant gestiegen sind in den letzten zwei Jahren.“

„Ich finde auch kritisch, dass eben verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt ja die Migranten, die Wohnungen suchen. Die wollen auch nicht in die Hochhäuser rein. Dass dann arme Deutsche gegen Zuwanderer um günstige Wohnungen kämpfen müssen.“

„Meine Eltern konnten noch eine riesige Wohnung kaufen mit nur einem Verdiener. Das war möglich. Und das ist jetzt absolut undenkbar.“

Die wahrgenommenen Ursachen für die aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sind vielschichtig.

Die wahrgenommenen Ursachen für die Missstände sind vielfältig. Nicht alle wahrgenommenen Ursachen halten einem Faktencheck oder einer differenzierten Ursache-Wirkungsprüfung stand. Nichtsdestotrotz bestimmen sie das Denken und Handeln der Befragten.

Zu den **wahrgenommenen Ursachen** zählen:

- Hohe Mieten treffen auf geringes Rentenniveau & niedrige Löhne
- Kostenexplosion in der Baubranche bringt Neubausektor zum Erliegen [teils]
- (Unerklärlicher) Wohnungsleerstand [teils]
- Spekulation als Preistreiber für Miete und Kauf: häufig im Kontext von Privatisierungskritik [teils]
- Gesetzgebung mit Zielsetzung Klimaschutz: Bauvorschriften für nachhaltiges Bauen und Gebäudeenergiegesetz als Kostentreiber [teils]
- Unterschiedliche landesspezifische Bauordnungen verhindern effiziente Planung
- Mieterhöhungen durch Vermieter trotz Modernisierungstau, weil Kommunen, Land und Bund aus Sicht der Befragten nicht einschreiten [teils]
- Kommunen, die als Vermieter auftreten, seien eher nicht gewillt Asylsuchenden eine Wohnung zur Verfügung zu stellen [selten]
- Wohnraum in ländlichen Regionen als Alternative zur Stadt nicht ausreichend, da Nahverkehrsverbindungen in die Stadt unzureichend [selten]
- Wohnberechtigungsschein nicht für Erwerbstätige verfügbar – somit kein Anspruch auf neu gebaute Sozialwohnungen [selten]
- Die Bundesregierung als genereller Preistreiber [selten]
- Abriss von leerstehenden Wohnungen in Ostdeutschland in der Vergangenheit [selten]
- Verteilung von Migrant:innen als ungleich und damit ungerecht empfunden

Zitate von Befragten

„Und wenn ich dann fast mein ganzes Gehalt nur für den Wohnraum ausgeben muss, da kommt mir echt das Brechen.“

„Bei mir stehen ganz viele Wohnungen leer.“

„Die WBG wollte da oben einen Kindergarten bauen. Ist abgesagt worden: Zu hohe Baukosten.“

„Also früher konntest du als berufstätige Mutter dann schon eine Sozialwohnung bekommen. Mittlerweile geht das nicht mehr.“

„Die wollten doch 400.000 Wohnungen bauen. Aber es steht doch jetzt schon fest, dass man es nicht schafft. Wir haben nicht mal die Hälfte geschafft dieses Jahr.“

„Wir haben 16 Landesbauverordnungen, die alle unterschiedliche Voraussetzungen mit sich bringen. Der Föderalismus, das wäre doch was, wenn Herr Scholz was ändern will. Er trifft sich ja demnächst wieder mit den Ministerpräsidenten. Da kann er auch was am Föderalismus ändern.“

„Es gibt ja Vermieter, die Kommunen, die Wohnungen haben, die wollen nicht unbedingt hier Asylanten die Wohnungen vermieten.“

„Die Politik. Die Obersten von oben. Die Bundesregierung treibt ja gerade die Preise nach oben.“

Auffallend ist, dass viele der Befragten verschiedenen Akteuren eine Teilverantwortung für die negative Entwicklung zuschreiben: Die Bundesregierung wird auch in diesem Kontext genannt.

Eine deutliche Mehrheit der Befragten findet, dass sich die Situation bezüglich des Wohnraums verschlechtert hat.

Fragt man die Befragten nach der Verantwortlichkeit für die wahrgenommenen Entwicklungen, fällt auf, dass sie häufig verschiedenen Akteuren (Teil-)Verantwortung zuschreiben und es ihnen häufig auch schwer fällt einen hauptverantwortlichen Akteur zu identifizieren.

Es wurden folgende Akteure genannt:

- Private Vermieter: deren Profitstreben führt zum Anstieg der Mieten
- Privatwirtschaftliche Wohnungsbaugesellschaften/Konzerne
 - Teils noch negativer gesehen als private Vermietung
 - Die Anzahl der errichteten Gebäude wird als zu gering erachtet
 - Errichtete Gebäude werden teils als nicht erschwinglich wahrgenommen – Fokus eher auf wohlhabende Klientel
- Städtische und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften
 - Die Anzahl der errichteten Gebäude wird als zu gering empfunden
 - Abriss und Verkauf von Wohnungen in Ostdeutschland in der Vergangenheit
- Migration/Flucht von Personen nach Deutschland verstärkt die Wohnungsknappheit
- Bundesregierung als regulierende Instanz (siehe folgende Folien)

Zitate von Befragten

„Auch die privaten Besitzer, Wohnungsbaugesellschaften, wie sie sich auch immer nennen, ob sie nun an staatlich, mit einer staatlichen Beteiligung oder nicht.“

„Wer dafür verantwortlich ist? Der Bund.“

„Aber das fängt ja bei der Gemeinde an, die gesagt hat: ‚Wir brauchen das nicht mehr, das machen wir weg und reißen die Wohnungen ab‘.“

„Nein. Das war nicht immer so. Also, ich wohne jetzt seit 21 Jahren, oder länger, wohne ich jetzt alleine in der Wohnung. Damals in der Lehre habe ich für 45 m² 170 € warm bezahlt. Das ist gar nichts. So. Mittlerweile bin ich jetzt bei, für 45 m² bei 492 €. Beispiel, meine Eltern, die haben 60 m² und bezahlen dann schon 600 €. Na, das wird halt immer mehr, immer mehr. Und man verdient ja auch nicht mehr.“

„Ich glaube, viel hängt damit zusammen, dass wir immer weniger private Vermieter haben und immer größere Konzerne, Gesellschaften.“

„Es entstehen nur teure Luxuswohnungen, immer irgendwo mal so partiell.“

Die Rolle der Bundesregierung wird insgesamt eher negativ als positiv gesehen, obwohl die Intentionen einiger (geplanter) Maßnahmen durchaus positiv wahrgenommen werden.

Die Bundesregierung sollte aus Sicht der Befragten im Bereich Wohnen als Rahmengeber und Steuerungsinstanz auftreten, was die aktuelle Bundesregierung dabei besser übernimmt als vorherige Regierungen. Die gesamtwirtschaftliche Lage und Kriege stellen jedoch ein schwieriges Handlungsumfeld für die aktuelle Bundesregierung dar (v.a. aufgrund von Teuerungen im Bausektor), was teils bei den Befragten Verständnis für die aktuelle Situation hervorruft. Dennoch werden aktuelle Maßnahmen als zu wenig weitreichend empfunden, um eine Sicherung bezahlbaren Wohnraumes gewährleisten zu können.

Wahrnehmung positiver Maßnahmen

- Die Zielsetzung, dass jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden sollen
- Prinzipiell gut: Preisbremsen für Strom, Gas und Mieten [teils]:
„Besser [als vorherige Regierungen] finde ich die auch, alleine weil die Mietpreisbremse überhaupt thematisiert wurde.“
- Energiepauschale, aber Höhe als nicht ausreichend angesichts der Inflation empfunden

Wahrnehmung negativer Maßnahmen

- Der Staat tritt nicht selbst als Bauherr auf, um staatlichen Wohnungsraum zu schaffen
- Privatisierungen in der Vergangenheit
- Die Zielsetzung, dass jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden sollen, wurde verfehlt
- Fehlen von Gesetzen, die das Problem „fehlender bezahlbarer Wohnraum“ lösen z.B.: Verbot von Mieterhöhungen, gesetzliches Modernisierungsgebot von Altsubstanz, Verbot von Leerstand, Gesetz günstigen Wohnraum schaffen zu müssen, Vereinheitlichung der Länderbauordnungen
- Geplante Projekte wurden ausgesetzt: aufgrund von gestiegenen Kosten [selten]
- Fehlende Wirkung der Strom – und Gaspreisbremsen [selten]
„Ja, bringt ja nichts mit der Gaspreisbremse.“
- Wohngeldreform [selten]
„Vor allen Dingen, was mich daran gestört hat, meine realistische Miete, die ich jetzt bezahle, die interessiert das Wohngeldamt überhaupt nicht.“

Zitate von Befragten

„Weil es gibt ja kein Wohnbauprogramm, wo sich der Bund mal dahinter hängt, dass das auch gemacht wird.“

„Also, ich habe irgendwo mitbekommen, da gab es ja irgendwie so einen Gipfel letztens der Bundesregierung mit irgendwelchen großen Konzernen, dass sie viele Projekte auf Eis gelegt haben, einfach, weil Baustoffe, oder irgendwas im Bau der Häuser zu teuer geworden ist.“

„Also, es ist eigentlich viel zu viel mittlerweile in privater Hand. Also, da müsste der Staat, das Land, der Bund hingehen und sagen: ‚Pass auf. Mindestens so und so viel Prozent müsst ihr immer staatlich verwalteter Wohnraum sein.‘“

„Natürlich die Rahmenbedingungen der Bundesregierung, die die ganzen Steuervergünstigungen usw. halt, die führen natürlich dazu, dass es solche Auswüchse dann eben gibt.“

„Wir sind einfach in einer schlechteren gesamtwirtschaftlichen Lage, wofür per se jetzt die Bundesregierung nicht unbedingt was kann. Also, dass die Preise jetzt steigen und die Mieten hängt jetzt nicht unbedingt damit zusammen, dass wir die Ampel haben und nicht die GroKo. Das sind einfach die Rahmenbedingungen, die schwieriger geworden sind.“

„Ich sage jetzt, es ist tendenziell besser geworden, eben weil versucht wird, was zu machen. Wir haben jetzt die schwierigen Rahmenbedingungen mit dem Krieg in der Ukraine, die die GroKo nicht hatte, usw. und andere Problematiken. Und vor allem ist die jetzige Regierung im Gegensatz zur vorherigen nicht hingegangen und hat Regierungswohnraum an private Investoren verkauft (lacht).“

Allgemein wünschen sich die Befragten von der Bundesregierung als höchste Instanz effektive und wahrnehmbare Lösungen bezüglich der Wohnungsknappheit.

Befragte äußern folgende Wünsche zur Optimierung des Wohnungsbereiches:

Wünsche an die Bundesregierung:

- Als höchste Instanz wird ein lösungsorientiertes Verhalten mit spürbarer Wirkung für das Problem gefordert:
„Nicht nur über die Kosten reden. Einfach machen.“
- Staatlicher Wohnungsbau
- Verabschiedung von Gesetzen wie: Verbot von Mieterhöhungen, gesetzliches Modernisierungsgebot von Altsubstanz, Verbot von Leerstand, Gesetz zur Schaffung von günstigem Wohnraum, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Länderbauordnungen, Enteignungsgesetz bei fehlender Bereitschaft zur Modernisierung von Mietwohnungen, Spekulationsverbot
- Priorisierung der Mittelverwendung zu Gunsten des Bereichs Wohnen
- Wohngeldreform zwecks Anpassung an reales Mietniveau
- Effektive Preisbremsen für Strom, Gas und Miete

Wünsche an die Landesregierung und Kommunen:

- Attraktive Alternativen zum urbanen Wohnen und Arbeiten schaffen, um städtischer Wohnungsknappheit entgegenzuwirken
- Mehr Wohnraum im Besitz der Stadt: Überdenken der Verteilungsschlüssel, v.a. Sozialwohnungen

Zitate von Befragten

„Sozialwohnungen: Sehr gut. Die soll es geben.“

„Privatisierung einschränken. Wohnung ist eine Daseinsgrundfunktion und um die habe ich mich als Staat zu kümmern.“

„Die planungsrechtlichen Aspekte sind natürlich deutlich komplexer geworden, gerade was Brandschutz angeht.“

„Wo es dann halt auch feste Regeln gibt, wann was modernisiert, geregelt, erneuert wird, wann ein Handwerker zu kommen hat. Und davon gibt es halt einfach zu wenig, weil viel zu viel, auch vom Staat selber, warum auch immer, in private Hände abgegeben wurde.“

„Die sollen nur 80 Milliarden für Militär ausgeben, statt 100.“

„Man könnte auch Gewerbegrundstücke auf dem Land einfach fördern und die Firmen dadurch anlocken.“ „Dem kann ich zustimmen. Viele sind ja jetzt wieder zurückgezogen, mit Homeoffice und so. Dort scheitert es ja am fehlenden Handynetze und Internet zum Beispiel. Also müsste man da vielleicht versuchen, Investitionen zu machen, um, ja (seufzt), auch die Leute, die kannst du ja auch nicht ohne Anreiz umverteilen.“

„In Wien gehören 40 Prozent der Wohnungen der Stadt.“

IHR KONTAKT



Christina Ackermann
Research Manager
+49 151 53233487
c.ackermann@g-i-m.com



Dr. Tomas Jerković
Senior Research Director
+49 (0)6221 8328-469
t.jerkovic@g-i-m.com



GIM | RELEVANCE COUNTS.

**GIM | Gesellschaft für
Innovative Marktforschung mbH**

Goldschmidtstraße 4 - 6
69115 Heidelberg

www.g-i-m.com